

# POLIZEI REPORT

G 58066  
ISSN 1619-0335

Nr. 41  
Dez. 2011



**BEZIRKSGRUPPEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN HESSEN UND  
HESS. BEREITSCHAFTSPOLIZEI IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,  
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER  
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

# POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen  
 Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der  
 Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
 und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp-hessen.de



für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPS und  
 PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutz-  
 polizeiabteilung und Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten  
 in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach

## Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
 Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
 Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

## Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-  
 arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
 Geschäftsführer: H. R. Jud

## Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

## Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden  
 Ralf Humpf (V.i.S.d.P.), Katrin Kuhl.  
 Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden

GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei  
 Jens Mohrherr (V.i.S.d.P.)  
 c/o Friedrich-Ebert-Allee 12,  
 65185 Wiesbaden

## Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK  
 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
 enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
 wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
 lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
 auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
 gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
 die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
 werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
 veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
 Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
 zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
 und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
 Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
 vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
 (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
 ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
 werbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
 (ISSN 1619-0335)

## Aus dem Inhalt

60 Jahre GdP Hessen.....	5
60 Jahre HBP.....	7
Bezirksgruppenkonferenz .....	9
JHV Kreisgruppe Mudra .....	13
Betriebsausflug PTLV-HLKA ....	14
Klausurtagung PZBH .....	15
Castor 2011 .....	16
Polizei und Gewalt .....	17
Bundesfachausschuss BP .....	18
Brunnenfest Mudra.....	19
Grillfest PZBH .....	20
Oktoberfest BePo Kassel .....	20
Spende Polizeistiftung .....	21
Redaktion Polizei-Report .....	21
Sommerfest der Polizei: Klarstellung .....	22
Steuerrecht - Tips .....	22
Untertanen .....	23
Mitgliederinfos .....	25
Schlusspunkt.....	26



Hessische Polizisten  
 werden ausgepresst!



Uns bleibt die Luft weg!!!

## Liebe Kollegin, lieber Kollege!



Jens Mohrherr

Die Polizeibeschäftigten haben  
 einen gefahren geneigten Beruf. In  
 Zeiten, in denen nichts passiert,  
 scheinen diese Tatsache offensicht-  
 lich viele Menschen, gerade auch  
 weil eine mediale Berichterstattung  
 ausbleibt, zu vergessen. Der polizei-  
 liche Alltag spielt sich meistens un-  
 spektakulär ab. Die Realität indes  
 sieht anders aus. Plötzlich und aus  
 Routinekontrollen heraus werden  
 die, die den Staat schützen sollen,  
 im öfter zu Opfern. Wir trauern mit  
 den Angehörigen unseres im Okto-  
 ber in Augsburg ermordeten Kolle-  
 gen. Wir bitten auch an dieser Stel-  
 le, ggf. mit einer Spende für die  
 Hinterbliebenen auf dem Spenden-  
 konto bei der BB Bank: KtoNr.:  
 23333337, BLZ: 660 908 00, Stich-  
 wort: Augsburger Polizistenmord,

Solidarität zu bekunden. Seit 1945  
 sind in der Bundesrepublik 392  
 Polizistinnen und Polizisten im  
 Dienst getötet worden. Die Anzahl  
 der schwer Verletzten lässt sich nur  
 erahnen. Die Gewaltbereitschaft im  
 täglichen Dienst nimmt zu, oft ge-  
 schehen Angriffe aus dem „Nichts“,  
 mit gesundheitlichen schweren Fol-  
 gen. Warum in Berlin die GdP un-  
 terstützte Forderung nach einem ei-  
 genständigen Straftatbestand, der  
 Einführung des § 115 StGB, der ei-  
 nen Angriff auf einen Polizeibe-  
 schäftigten aus dem „Nichts“ auch  
 dann bestraft, wenn der Beamte  
 nicht verletzt wird, keine politischen  
 Mehrheiten im Bundestag findet, ist  
 schon lange nicht mehr zu verste-  
 hen.

Gewalt in und um Fußballarenen  
 hat in Deutschland und gerade in  
 Hessen (Frankfurt am Main) eine  
 neue Spitze erreicht. Dies führte in  
 Folge dazu, dass sich der Vorsitzen-  
 de der Innenministerkonferenz und  
 Hessische Innenminister, Boris  
 Rhein, besonders Initiativ gezeigt  
 hat. In Folge sind die durch den DFB  
 und die DFL begrüßenswerte Initia-  
 tiven, können aber die bestehenden  
 Gefährdungen für die eingesetzten  
 Beamtinnen und Beamten nicht so-  
 fort minimieren. Insbesondere  
 durch den unsäglichen Einsatz von  
 sog. Pyrotechnik kommt es zu er-  
 heblichen Gesundheitsschädigun-  
 gen beim Hörvermögen. Daher  
 werden in Kürze entsprechende  
 Hörschutzgarnituren an alle für ge-  
 schlossene Einsatzmaßnahmen

vorgesehene Polizeibeschäftigte ausgeliefert.

Im letzten Polizei – Report hatte ich von den Bemühungen berichtet, die Gewerkschaften und Hauptpersonalrat der Polizei in der öffentlichen Anhörung im Landtag zur Thematik „zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“ angestrengt hatten, um eine 1:1 Übertragung auch erreichen zu können.

Das Ergebnis steht längst fest und es darf an dieser Stelle nochmal bewusst gesagt werden, dass wir für eine vollumfängliche Übertragung des Tarifergebnisses stehen und nicht für „abgespeckte“ Varianten. Auch mit Blick auf unsere Pensionäre, die ja im Gesamtprozess häufig nicht im Fokus der Betrachtungen stehen. Wir hatten gehofft, dass unser Schiff „Hessische Polizei“ in ruhigeres Fahrwasser gelangt. Dies blieb aber spätestens seit der Bekanntgabe der beabsichtigten Änderungen der Beihilfeverordnung erneut Wunschdenken. Dank der schnellen Befassung mit der Thematik und der Expertenrunde im osthessischen Fulda konnten GdP und Personalräte intern schnell einen Überblick auf die sich insgesamt auf 33 Millionen Euro belauenden Einsparungsvorhaben durch die Beihilfeänderungen verschaffen. Darüber hinaus wurden Land-

tagsabgeordnete in Osthessen in einer GdP - Podiumsdiskussion zur selben Problematik mit den zwischenzeitlich ermittelten finanziellen Belastungen bei Änderung der Beihilfeverordnung konfrontiert. Mithin hat sich die Landespersonalkommission Ende August und zu Beginn des Monats November mit der Thematik auseinandergesetzt. In Folge wurde in Wiesbaden hektisch neu gerechnet und der 1. Entwurf eingekassiert. Ende Oktober und zu Beginn des Novembers hat die Landespersonalkommission erneut getagt. Dabei wurde anerkannt, dass es im Verhältnis zur ursprünglichen Fassung wesentliche Änderungen und Verbesserungen gegeben hat (Vererbarkeit, Sachleistungsbeihilfe etc.). Allerdings war auch die aktuelle Fassung immer noch mit finanziellen Mehrbelastungen im Verhältnis zur aktuell geltenden Rechtslage bestückt. Wie zu hören war, soll Ende November die LPK zu abschließenden Beratungen wieder zusammentreten. Wir können und wollen es nicht hinnehmen, dass erneut auf den Rücken der Beamtinnen und Beamten gespart werden soll, auch wenn es nach vorliegenden Erkenntnissen nunmehr „nur noch“ 22 Millionen Euro sein sollen. Hier werden wir zeitnah nachberichten.

Seit nunmehr 13 Monaten ist Udo Münch Landespolizeipräsident. Im November 2010 hatte er die Nach-

folge von Norbert Nedela angetreten. Nach einem guten Jahr ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Die neue Führungskultur hat sicherlich dazu beigetragen, dass innerhalb der Polizei das Klima besser geworden ist. Gleichwohl wir noch immer mit Berichterstattungen in der Presse konfrontiert werden, die ich nicht näher kommentieren möchte, die aber leider noch immer diffuses Licht auf die Polizei werfen. Inwieweit die vom LPP angestoßene Diskussion in einem Workshop des höheren Dienstes dann auch Früchte trägt, der sich explizit mit der Thematik Führungskultur auseinandergesetzt hat, bleibt abzuwarten. Es bedarf das Zutun aller, Vertrauen zu erwecken und auch Vertrauen vorzuleben. Hier sind alle Führungskräfte aufgerufen, ganz gleich in welcher Ebene sie sitzen.

Schlussendlich wünsche ich Euch allen und euren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2012. Mit Blick auf die zu meisternden Aufgaben wird es sicherlich erforderlich sein, den einen oder anderen freien Tag in der Vorweihnachtszeit, an Weihnachten oder dem Jahreswechsel zu nutzen, um vom Dienst abzuschalten.

Bis zum nächsten Mal

Euer Jens Mohrherr

Die Vorstände der Bezirksgruppen Polizeizentralbehörden und Hessischen Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei, die Redaktion des Polizei-Reports und der Verlag wünschen allen Kolleginnen und Kollegen, ihren Angehörigen sowie den Inserenten und Freunden der Polizei fröhliche Weihnachtstage und ein glückliches, erfolgreiches Jahr 2012

Unser besonderer Gruß gilt den älteren und kranken Kolleginnen und Kollegen und all denen, die an den Feiertagen Dienst verrichten müssen.



# Hessische Polizei mit Vorbildfunktion

## Konrad Freiberg zog Bilanz zu „60 Jahre GdP Hessen“

„Die hessische Polizei hatte in der Vergangenheit immer eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer gehabt“. Mit diesem Lob leitete der frühere GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg bei der Feierstunde im Frankfurter Römer einen Rückblick ein auf 60 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Hessen.

Herausragend war für Freiberg die Einführung der zweigeteilten Laufbahn als erstes Bundesland. Dies sei ein Meilenstein gewesen für die Entwicklung der Polizei, eine Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die GdP habe sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit klaren fachlichen Stellungnahmen zu Wort gemeldet. Leider gelte „Hessen vorn“ heute nicht mehr in der Politik. Das fange bei der unzureichenden Personalausstattung an, gehe weiter zur mangelnden Bezahlung bis zur Abkopplung der Beamtenbesoldung vom Tarifergebnis. Insbesondere hätten einige Personalentscheidungen in den vergangenen Monaten für Unverständnis in der Öffentlichkeit gesorgt. Dagegen habe die gute Arbeit der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung und beim Schutz der Bevölkerung vor Gefahren höchste Anerkennung erfahren. „Das Vertrauen der Bürger ist die Grundlage für unsere Arbeit“, stellte Konny Freiberg fest.

### Belastung der Polizei nimmt zu

Mit steigenden Aufgaben und reduziertem Personal werde die Belastung für die Beschäftigten immer größer. Hier werde ein gefährlicher Weg beschritten. Das führe zu steigenden Krankheitsquoten und der Zunahme von Burn-Out-Syndromen. Polizisten würden immer häufiger zur Zielscheibe von Gewalt. Das mache deutlich, dass der Staat immer mehr auf Ablehnung stoße. Der Respekt der meist jungen Menschen vor dem Staat und seiner Polizei habe drastisch nachgelassen. Diese negative gesellschaftliche Entwicklung lasse sich nicht durch kurzfristige Maßnahmen beeinflussen. In all den Fällen seien die Politiker zum Handeln aufgefordert.

„Und wer es nicht merkt, muss eine Hornhaut auf der Seele haben“ spielte Freiberg auf die immer wieder nach schärferen Gesetzen rufenden Politiker an. „Wir dürfen nicht warten, bis gesellschaftliche Betroffenheit durch schreckliche Ereignisse, durch getötete Personen, die Politik zum Handeln zwingt“.

### Außendarstellung der Polizei

Sachkundiges und vertrauenswürdiges Verhalten sei bei der öffentlichen Darstellung der Polizei oder bei Fragen der inneren Sicherheit von besonderer Bedeutung, so Freiberg. Art und Umfang der Medienberichterstattung sei für das Klima der politischen Auseinandersetzung von Bedeutung.

Herausragende Verbrechen oder innenpolitische Ereignisse hätten zwangsläufig eine unmittelbare Reaktion von Politikern oder auch so genannter Experten zur Folge. Der Druck der Medienlandschaft, wirtschaftlicher und politischer Druck zwängen Journalisten zu immer schnellerer Berichterstattung, was zwangsläufig zu Lasten von Sorgfalt und Gründlichkeit gehe. Das gehe bis „Kenntnisfrei bis ins Detail“ oder nach dem Motto: „Ich habe zwar keine Ahnung vom Sachverhalt, aber ich habe schon mal eine Meinung“. Lösungsvorschläge nach solchen Ereignissen seien meist keine, höchstens Teil der Unterhaltungsdemokratie. Dem allgemeinen Ruf nach schärferer Gesetzgebung müsse die GdP durch fachlich fundierte Aussagen und mit entsprechender Glaubwürdigkeit entgegentreten. Gerade Mitglieder anderer Berufsvertretungen schaden häufig dem Ansehen der Polizei. Hier greife die Lebenserfahrung: „Es gibt nichts Schlimmeres als wenn der Dumme fleißig wird“. Themen der inneren Sicherheit erforderten Sachkunde und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Es seien keine Themen für „Schlauschwätzer“ und „Rhetoriktarzane“, prangerte Konrad Freiberg an.



**Eine kämpferische und von Beifall unterbrochene Rede hielt Konrad Freiberg beim GdP-Jubiläum. nw**

### Grundsätze der Innenpolitik

Die Polizei könne keine gesellschaftlichen Konflikte lösen und wolle sich auch nicht als Puffer zum Bürger missbrauchen lassen. Die Politik stehe in der Verantwortung, müsse Entscheidungen treffen und für Akzeptanz bei den Bürgern sorgen. Die GdP sei in den vergangenen 60 Jahren immer bemüht gewesen, eine vernünftige und verantwortungsvolle Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu garantieren. Konrad Freiberg zählte einige Grundsätze zu Fragen der inneren Sicherheit auf.

Das Vertrauen der Bürger sei die entscheidende Grundlage für die Arbeit der Polizei.

Bei Fragen zur Verbesserung der inneren Sicherheit müsse die Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sein. Diesem Dialog weiche die Politik immer häufiger aus. Wegen fehlenden Personals gebe es Vollzugs- aber keine Gesetzesdefizite.

Forderungen nach Gesetzesveränderungen müssten prägnant begründet werden.

Forderungen nach Gesetzesverschärfungen dienten häufig der Ablenkung der eigentlichen Probleme, damit solle politische Handlungsfähigkeit dokumentiert werden

Bei der Einführung neuer Techniken, die kaum noch durchschaubar seien, müsse sensibel vorgegangen werden.

### Polizeiliche und gewerkschaftliche Arbeit

„Sorgen macht uns die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft, die mit einer Politikverdrossenheit und mit einer abnehmenden Akzeptanz des Staates einhergeht“, stelle Freiberg fest. Politik und gesellschaftliche Eliten verlören an Glaubwürdigkeit. Diese Entwicklung dürfe man nicht ignorieren. Demokratie, Rechtsstaat und innere Sicherheit nähmen Schaden. Wenn Gewerkschafter von Politik und Gesellschaft moralische Werte einforderten, „dann muss dies in besonderem Maße auch für uns Geltung haben“, mahnte er die GdP-Vertreter. Klare Wertvorstellungen und Transparenz im Handeln seien hierfür die Grundlage. Wer dagegen verstoße, müsse mit deutlichen Konsequenzen rechnen. „Glaubwürdigkeit ist unser Kapital“, so Freiberg, „sonst werden Gewerkschafter auch von der Politikverdrossenheit erfasst“.



In alter Schutzmannsuniform präsentierte sich Bernhard Thomas bei der GdP-Feier im Römer. nw



Alte Bekannte im Frankfurter Römer, v.l., Henning Möller, Staatssekretär Werner Koch, Adi Raima. nw

### Geldgierige Spekulanten und Banker

Konrad Freiberg kritisierte die weltweit agierenden geldgierigen und verantwortungslosen Manager/Spekulanten, die mit ihren obskuren Finanzprodukten mit Billionen Dollar die Weltwirtschaft in den Abgrund geführt hätten. Die Blase sei geplatzt, die Schuldigen seien nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Es könne nicht angehen, dass die Profiteure der Finanzkrise ihre Profite behielten und die Arbeitnehmer für die unsozialen Folgen aufkommen müssten. „Gerechtigkeit sieht anders aus. Als Polizei haben wir das Gefühl, dass die Faltschen eingesperrt werden“.

Angesichts der neuen europäischen Schuldenkrise seien finanzielle Auswirkungen auf Europas Staaten zu erwarten. Es gehe um die Zahlungsfähigkeit, den Bankrott von Staaten, es gehe um Hunderte von Milliarden Euro alleine für Deutschland. Die Auswirkungen seien kaum nachvollziehbar. Es gelte, die Hilflosigkeit der Politiker deutlich zu machen. Es könne nicht angehen, dass Finanzmärkte mit undemokratischen Mitteln über demokratische Staaten bestimmen dürften und sie in den Ruin trieben. Die Finanzmärkte müssten reguliert werden. So wie es aussieht, müssten die Steuerzahler, insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Lasten in besonderem Maße tragen.

### Einkommenskürzungen

Konrad Freiberg erinnerte daran, dass der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren einige Verschlechterungen habe hinnehmen müssen. Das belaufe sich auf ein Minus von 15 bis 20 Prozent im Geldbeutel. Freiberg nannte höhere Belastungen im Gesundheitsbereich aktuell die drohenden Kürzungen im Beihilfebereich, Kürzungen bei der Altersversorgung, Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, Kürzungen des Weihnachtsgeldes, Streichung des Urlaubsgeldes, Reallohnverluste durch geringe Lohn- und Gehaltssteigerungen. Bund, Länder und Gemeinden hätten zwei Billionen Euro Schulden. Die müssten aufgrund der „Schuldenbremse“ bis 2020 abgebaut werden. Da sei es unverständlich, wenn die Bundesregierung Steuernachlässe in Milliardenhöhe veranlasst habe (initiiert durch die FDP). „So kann man einen Staat auch arm machen. Das ist reine parteipolitische Willkür und mit normalem Verstand nicht nachzuvollziehen“, prangerte Freiberg dieses Verhalten an.

Dieser Schuldenabbau werde das alles bestimmende Thema der kommenden Jahre sein und zu weit reichenden Einsparungen in den öffentlichen Haushalten führen. Es müsse gelingen, die Finanzierung unseres Staates in den Vordergrund zu rücken. Das sei die einzige Möglichkeit, die drastischen Einsparun-

gen im öffentlichen Dienst in vernünftige Bahnen zu lenken. Die Belastungen für Arbeitnehmer seien höher als früher.

Dagegen seien die Vermögensbesitzer und Bezieher hoher Einkommen seit den 90er-Jahren durch Steuersenkungen massiv begünstigt worden. Der Kapitalverkehr, die Billionen Euro, mit denen täglich spekuliert werde, blieben vollkommen steuerfrei. Es werde Zeit, dass die Reichen sich wieder an der Finanzierung des Staates beteiligten. Die Zeit der Entstaatlichung sei vorbei. Es gehe jetzt um die Erhö-

hung des Spitzensteuersatzes, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Einführung der Transaktionssteuer. Wenn das nicht gelinge, werde der Staat verarmen.

Freiberg benannte die Inflationsrate von 2,6 Prozent, die Aussagen der Arbeitgeber, dass Forderungen zur Tarifrunde zu hoch seien, dass durch die Einsparungen das Wirtschaftswachstum sinke, weil die Nachfrage geringer werde. Das alles könne nur abgewendet werden, wenn die Finanzierung des Staates vermehrt durch die Reichen, die Ver-

mögen und den Kapitalmarkt erfolgten. Hier liege die wichtigste politische Aufgabe für die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer, für unser Land.

Für die Zukunft gelte: „Wir müssen leidenschaftlich das Wünschbare im Blick halten und beharrlich das Machbare tun. Wir müssen handeln aus Überzeugung und überzeugen durch handeln. Das geht nur mit einer starken Gewerkschaft der Polizei. Und nie vergessen: Wir sind die Guten“.

Norbert Weinbach

## 60. Jahre Hessische Bereitschaftspolizei

### Eine Konstante hat Geburtstag

Bundesweit, zuletzt Ende Oktober in Baden – Württemberg, feierte am 2. November 2011 auch die Hessische Bereitschaftspolizei in Wiesbaden ihren 60. Geburtstag. In der Rottunde des anmutenden Schloss Biebrich fand ein akademischer Festakt statt, an welchem zahlreiche Gäste aus den Reihen der Polizei und Politik teilnahmen. Erfreulicherweise waren auch Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Standorten der HBP, der Wasserschutzpolizei, der Polizeihubschrauberstaffel und der Reiterstaffel anwesend. Die musikalische Umrahmung oblag dem Landespolizeiorchester, ebenfalls einem Familienmitglied der HBP. Als Einstimmung wurde den Gästen eine gelungene Zeitreise durch 60 Jahre Bereitschaftspolizei auf einer großen Leinwand dargeboten. Behördenleiter Hans Langecker begrüßte die Gäste und blickte auf die Historie zurück, nicht ohne die kommenden Herausforderungen der Zukunft zu vergessen. Dabei vergaß er nicht, auf den symbolträchtigen 2. November 1987 einzugehen, dem Tag der feigen Morde an unseren Kollegen Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer an der Startbahn 18 West in Frankfurt am Main. Die Betroffenheit war in vielen Gesichtern der anwesenden Gäste auch 24 Jahre nach den Startbahnmorden abzulesen. Der oberste Dienstherr der hessischen Polizei, Boris Rhein, hielt die Festan-



**Innenminister Boris Rhein bei der Festansprache**

sprache. Tags zuvor war bekannt geworden, dass Rhein für das Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt am Main kandidieren wird. Da er wahrscheinlich gute Chancen bei den im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen haben wird, waren viele Zuhörerinnen und Zuhörer auf die Festansprache besonders gespannt. Boris Rhein lobte die jahrzehntelange Arbeit der Bereitschaftspolizei, die länderübergreifend, aber auch in Hessen stets ein verlässlicher Partner der Polizei gewesen ist. In den sechzig Jahren ihres Bestehens hat die Bereit-

schaftspolizei viele Entwicklungen erfahren, die sich in Ausstattung und Ausrüstung, aber auch in der Professionalität ihrer Beschäftigten festmachen lässt. Mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte, insbesondere der Gewalt in Fußballstadien, kündigte Rhein eine härtere Gangart an.

Man werde alle rechtlichen Mittel ausnutzen, um körperliche Übergriffe und schwerste Verletzungen von Polizeibeamten künftig zu verhindern. Der DFB und die DFL möchten beim "Runden Tisch" mit Innenminister Hans-Peter Friedrich

Mitte November 2011 die Gründung einer "Task Force Sicherheit" vorschlagen.

Jürgen Schubert, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, war eigens aus der Bundeshauptstadt nach Wiesbaden gekommen. Heute steht die Bereitschaftspolizei anders als in der Zeit ihrer Gründung, 1951, vor neuen Herausforderungen. Galt es damals gerüstet zu sein, um „in Zeiten des kalten Kriegs“ bestehen zu können, sind es heute Einsätze zu „mannigfaltigen Anlässen“, die es zu bewältigen gelte. Bedingt durch deren stetige Zunahme seien auch Entbehrungen der eingesetzten Beschäftigten klar erkennbar. Ein planbar freies Wochenende ist die Ausnahme, nicht die Regel. Mit Blick auf die anstehenden Einsatzlagen beim Castor Transport in Gorleben und der anstehenden Afghanistan - Konferenz werden es nahezu alle bei den Bereitschaftspolizeien der Länder vorgehaltenen Kräfte sein, die zum Einsatz kommen werden. Schubert bekräftigte die Notwendigkeit einer guten Ausstattung bei der Bereitschaftspolizei. Die gute Zusammenarbeit aller Bereitschaftspolizeien der Länder und der Bundespolizei seien verlässliche Größen in der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland.

Der Hauptpersonalratsvorsitzende der hessischen Polizei, Jens Mohrherr, blieb in seinem Grußwort

bei den tragischen Ereignissen vor 24 Jahren in Frankfurt. Die Ereignisse sind in der Folge schnell vergessen, der Schmerz bei den Angehörigen und den Kolleginnen und Kollegen aber bleibt. Mohrherr schlug den Bogen zu seiner Einstellung bei der Polizei am 1. Oktober 1987. Mit 650 Polizeihauptwachmeisteranwärterinnen und -anwärtern habe man keine vier Wochen nach Dienstantritt die „feigen Morde“ an Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöffer zur Kenntnis nehmen müssen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich damals gefragt, ob denn der gewählte Polizeiberuf der richtige ist. Als Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung ist der Kontakt mit im Dienst schwer verletzten Kollegen oder im Dienst getöteten Kollegen und damit deren Angehörigen ein „trauriger“ Begleiter im täglichen Dienst. Mohrherr appellierte an die Führungskräfte, mit dem wichtigsten Kapital, dem Menschen, sorgsam umzugehen.

Den gelungenen Abschluss eines kurzweiligen akademischen Festaktes war die Talkrunde zwischen einem Urgestein der Polizei, Polizeidirektor a.D. Fritz, geboren 1929, und dem Benjamin der Führungskräfte der Abteilungsleiter, Thomas Schmidl. Gekonnt und gut vorbereitet entlockte Schmidl dem lebendigen Zeitgeist viele Anekdoten aus dessen erlebter polizeilichen Zeit, die 1951 begonnen hatte.



**Gedenkstätte**

In vielen Gesprächen beim anschließenden kommunikativen Teil des Festaktes konnten Erinnerungen ausgetauscht werden. Einige Kollegen hatten sich länger nicht gesehen und so verging die Zeit wie im Flug. Einziger Wermutstropfen einer wirklich rundum gelungenen Veranstaltung war die Tatsache, dass es dem Personalrat der Bereitschaftspolizei nicht vergönnt war, als Interessen- und Beschäftigtenvertreter ein Grußwort sprechen zu dürfen. Dies haben ebenfalls viele Kolleginnen und Kollegen vermisst!

Zahlen und Fakten: im Jahr 2010 wurden über 806.000 Einsatzstunden geleistet, davon 180.000 in benachbarten Bundesländern.

628.000 Einsatzstunden entfielen auf Unterstützungseinsätze in den Flächenpräsidien. Während im größten Präsidium in Frankfurt am Main 278.000 Einsatzstunden geleistet wurden, entfielen auf das Polizeipräsidium in der Landeshauptstadt 77.000 Einsatzstunden.

## Stärke braucht Stimme

### GdP Bezirksgruppe stellt sich für die Personalratswahlen 2012 auf

In Bad Salzhausen, geografisch gelegen zwischen Lich und Nidda und damit im Herzen Hessens, fand am 27. Oktober der außerordentliche Delegiertentag der Bezirksgruppe der Hessischen Bereitschaftspolizei Ende Oktober statt. Außerordentlich fand der Delegiertentag deswegen statt, um die Kandidatinnen und Kandidaten für die im nächsten Jahr stattfindenden Personalratswahlen zu benennen.

Die ersten Delegierten trafen bereits am frühen Morgen im Hotel ein. Aus allen Bereichen der Bereitschaftspolizei, Kassel, Lich, Mühl-

heim am Main und Wiesbaden, und den Bereichen der Wasserschutzpolizei, der Polizeihubschrauberstaffel und der Landesreiterstaffel waren Kolleginnen und Kollegen vertreten, so dass insgesamt 30 ordentliche Delegierte neben den Gastdelegierten und dem Bezirksgruppenvorstand vom Bezirksgruppenchef Detlef Otto begrüßt werden konnten.

Das Hotel am Landgrafenteich bot die allerbesten Voraussetzungen zum Gelingen der Veranstaltung. Am Vorabend des 27. Oktobers waren wieder einmal fleißige Hände des Vorstandes im Sitzungs-

saal unterwegs, um die notwendigen Informationen für die Delegierten sowie aktuelle Unterlagen, die nach dem Versand der Delegiertentagsmappe zwischenzeitlich noch wichtig waren, auf die entsprechenden Plätze zu legen.

Natürlich hatte die Bezirksgruppe auch Gäste eingeladen. Den Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller, der stellv. Landesvorsitzenden Lothar Hölzgen, auch zuständig in der Sachbearbeitung der Anträge der HBP im Landesvorstand, und der Vorsitzende des Hauptpersonalra-

tes ergriffen im Verlauf des Delegiertentages das Wort.

### Referat des Landesvorsitzenden

Jörg Bruchmüller zeigte in seinem Impulsreferat die derzeitige Situation der hessischen Polizeibeschäftigten auf. Keinen Hehl machte er daraus, dass die Belastungen der Polizeibeschäftigten im letzten Jahr nicht weniger geworden sind. Mit Blick auf die zurückliegenden Tarifverhandlungen im Frühjahr und der zwischenzeitlich erfolgten (Nicht-) Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten schlug er den Bogen zur Postkartenaktion der GdP. Hier wurden im Rahmen der Anhörung im Hessischen Landtag über 10.000 Postkarten an Innenminister Rhein übergeben. Die Proteste anderer Berufsvertretungen hielten sich in Grenzen, so dass die GdP für sich in Anspruch nimmt, wieder einmal mit starker Stimme die Beschäftigteninteressen vertreten zu haben. Auch mit den beabsichtigten Änderungen bei der Behilfverordnung ging Bruchmüller hart ins Gericht.



**Abstimmungen**

Er machte aber deutlich, dass die zwischenzeitlichen Aktionen der GdP auch hier einen erkennbaren Teilerfolg vorweisen können. Es hat sich bezahlt gemacht, dass die Aktivitäten der GdP, die durch die Bezirksgruppe Osthessen in Fulda ihren Anfang nahmen, gefruchtet haben. Der Protest anlässlich einer Informationsveranstaltung mit Landtagsabgeordneten aller Fraktionen in Fulda hatte auch dazu geführt, dass die vorgetragenen Argumente der GdP offensichtlich in Wiesbaden in der Staatskanzlei Gehör gefunden haben. Man werde jetzt die geänderten Entwürfe beraten. Es scheint sich aber abzuzeichnen, dass die Einsparungen von zunächst 33 Millionen Euro bei der

Beihilfe so nicht mehr vorgesehen sind. Hierzu werden in nächster Zeit Bewertungen der Vorlagen erfolgen und die beabsichtigten Maßnahmen werden zeitnah mittels Rundschreiben und Internet veröffentlicht.

Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte, bundesweit, aber auch in Hessen, wird durch den Bundesvorstand mit seinen Forderungen zur Einführung eines eigenständigen Paragraphen im StGB begleitet. Leider konnte bis heute bei der Bundesregierung noch keine entsprechende Mehrheit dafür gewonnen werden. „Eiskalt und Aggressiv“, titelt dazu auch die November Ausgabe der Deutschen Polizei. Hierzu hat das Kriminologische Forschungsinstitut in Niedersachsen eine Studie veröffentlicht, an der zehn (10) Bundesländer teilgenommen haben. Hier wird deutlich, welche Gewaltbereitschaft und in Teilen brutale Gewalt den Polizistinnen und Polizisten entgegenschlägt. Auch Innenminister Rhein hat zwischenzeitlich reagiert und beabsichtigt nach den Ausschreitungen und den sich anschließenden Angriffen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu reagieren. Hier werden wir aufmerksam zu verfolgen haben, welche Maßnahmen angedacht sind. Zudem ist bekannt geworden, dass sich alle Länderinnenminister mit dem Bundesinnenminister an einen Tische setzen wollen, um die Thematik Sport und Gewalt zu beraten.

Die Bezirksgruppe kann stolz darauf sein, den Hauptpersonalratsvorsitzenden aus ihren Reihen zu stellen. Daran werde sich aus Sicht der GdP – Hessen auch nichts ändern, weil zum Einen die Arbeit im Gremium gut erledigt wird und zum Anderen auch die Akzeptanz des amtierenden Vorsitzenden nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch bei den anderen Berufsvertretungen vorhanden ist.

### Sachstand der Antragsbearbeitung und Gewerkschaftsausblick

Der stellvertretende Landesvorsitzende Lothar Hölzgen hatte zu Beginn des Delegiertentages die an-



**Ansprache des Vorsitzenden**

wesenden Kolleginnen und Kollegen über den Sachstand der Antragsberatung informiert. Die eingereichten Anträge der Bezirksgruppe beim zurückliegenden Landesdelegiertentag 2010 in Weilburg an der Lahn wurden bisher in unterschiedlichster Art und Weise aufgegriffen und bearbeitet. Lothar Hölzgen machte auch deutlich, dass die Bereitschaftspolizei im Gefüge der hessischen Polizei ein integraler Bestandteil ist. Nahezu wöchentlich müsse man zur Kenntnis nehmen, dass gerade bei geschlossenen Einsätzen, insbesondere bei Sportveranstaltungen mit Schwerpunkt Fußballspielen, eine immer mehr zunehmende Gewalt die Gesundheit der eingesetzten Beamtinnen und Beamten gefährdet. Am Abend zuvor waren ausgerechnet wieder anlässlich des DFB Pokalspiels des Zweitligisten Eintracht Frankfurt gegen den Bundesligisten Kaiserslautern zehn Kolleginnen und Kollegen teilweise schwer verletzt worden. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf für die Angehörigen der Bereitschaftspolizei kein Wunsch sein, sondern muss mit Leben erfüllt sein. Es kann nicht sein, wenn immer häufiger die „planbaren Wochenenden“ von höchster Stelle gestrichen werden, nur weil es die Einsatzlagen, immer häufiger auch in anderen Bundesländern, erfordern. Gerade junge Familienväter und –mütter haben einen Anspruch auf ein freies Wochenende.

Hinsichtlich der beabsichtigten Einstellungen bei der hessischen Po-



lizei werde die GdP jetzt die Fakten überprüfen. Die jährlichen Abgänge im Vollzugsbereich werden den Zugängen gegenübergestellt. Dazu werden derzeit die entsprechenden Daten erhoben und ein Gesprächstermin im Landespolizeipräsidium ist im November dazu vereinbart. Die GdP will und wird es nicht hinnehmen, dass mit reduzierten Einstellungszahlen der zwischenzeitlich gerade kompensierte Aderlass im Personalbereich erneut entsteht. Zudem ist eine transparente Personalpolitik die bei den Beschäftigten gewünschte Variante!



**Ansprache des Landesvorsitzenden**

## Aussprache

Die Delegierten hatten im Anschluss daran die Gelegenheit der Aussprache. Es wurde massiv die Stellensituation bei der Bereitschaftspolizei kritisiert.

Eine prozentuale Anrechnung von lediglich 50 % der Einsatzbeamtinnen und Einsatzbeamten führt in den nächsten drei Jahren, solange läuft das durch die Gewerkschaften ausgehandelte landesweite Stellenhebungsprogramm, nicht dazu, dass bei der HBP die landesweit angepeilte Durchschnittsverteilung von 16 % in der Besoldungsgruppe A 11 erreicht werde. Eine landesweite Gleichbehandlung der Fachhochschulabsolventen, die nach Beendigung ihres Studiums in den Einsatzeinheiten analog ihren Dienst versehen, wie diejenigen, die direkt den Flächenpräsidien zugewiesen werden, ist die unumstößliche Forderung! Hier kann nur eine vollumfängliche Berechnung nach der Zuweisung von der HfPV bei den

Personalbewirtschaftern die logische Konsequenz sein. Der Landesvorsitzende sagte den Delegierten zu, diese Problematik bei den anstehenden Beratungen zu den nächstjährigen Stellenhebungen mit einzubringen.

Auch die unsägliche Reform der Bereitschaftspolizei hat noch immer nicht die Akzeptanz und damit die Zufriedenheit bei vielen Kolleginnen und Kollegen erreicht. Vielerorts fühlen sich die Beschäftigten „alleine gelassen“. Hinzu kommt, dass viele Beschäftigte, die bisher gute Arbeit geleistet haben und sich auch spezialisiert haben, ihre berufliche Zukunft in einem Wechsel zu anderen Behörden genutzt haben. Dazu kommt die Mangelverwaltung in der Besoldungsgruppe A 10. Gruppen- und Truppführer der Einheiten können vielmals nicht befördert werden, da die Aderlasse aus der AG Personal, hier wurden A 10er Stellenwertigkeiten nach Mittel und Südosthessen verschoben, die heute noch schmerzen. Das führt dazu, dass es zunehmend schwerer fällt, geeignete Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, die Tätigkeiten als Truppführer ausüben.

## Aus dem Hauptpersonalrat der Polizei

Die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei freut sich, nach Adi Raima in den siebziger und frühen achtziger Jahren, wieder den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei „zu stellen“. Dabei geht es nicht darum, Vorteile im Konzert der Personalbewirtschafter zu sehen. Die Polizei wird, wie die hessische GdP auch, als Einheit begriffen und verstanden. Jens Mohrherr stellte in seinem Grußwort die Herausforderungen des Hauptpersonalrates im letzten Jahr dar. Hier waren vielfache Problemfelder zu bearbeiten. Die Erörterungen zur Neufassung des Versetzungserlasses und die Problematik der eingeschränkt dienstfähigen Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten sind ebenfalls Themenfelder mit entsprechendem „Tiefgang“.

Enttäuscht zeigte sich der HPR-Vorsitzende von der (Nicht-) Übertragung des Tarifergebnisses auf

Beamtinnen und Beamten. „Wir sind mit der Geschlossenheit von elf Personalbewirtschaftern aufgetreten und haben den politisch Verantwortlichen bei der öffentlichen Anhörung die Situation unserer Beschäftigten geschildert. Dabei wurde den Fraktionen und dem Minister ein Exemplar der zusammengefassten Beschwerdemails der Beschäftigten, die hundertfach nach den Aufforderungen der Personalräte beim HPR eingingen, übergeben. Bis heute ist man darauf nicht eingegangen“, stellte der HPR – Vorsitzende fest. Da aber die Gewalt gegen die Polizei stetig zunimmt, wird man letztlich nicht an den Argumenten unserer Beschäftigten vorbeikommen bzw. sich diesen nicht in Gänze verschließen können.

## Gewerkschaft und Personalrat bedingen sich gegenseitig

Nachdem die Gäste zu Wort kamen und die Aussprache dazu stattgefunden hatte, ergriff der Bezirksgruppenvorsitzende Detlef Otto das Wort. In seinem Geschäftsbericht zeigte er auf, dass die Bezirksgruppe in den zurückliegenden zwei Jahren Kernerarbeit geleistet hatte. So galt es im Reformprozess der Bereitschaftspolizei, immer in enger Zusammenarbeit mit dem Personalrat, entsprechende Strategien zu entwickeln, um die Beschäftigteninteressen vertreten zu können. Dazu bedurfte es vieler Gespräche, auch mit Abgeordneten des hessischen Landtages. Da man aber nicht immer öffentlichkeitswirksam diesen Prozess darstellen konnte, sind sicherlich die Wahrnehmungen innerhalb der Kollegenschaft nicht immer vollumfänglich angekommen.

Erfreut zeigte sich Detlef Otto darüber, dass es inzwischen gelungen ist, wieder junge Kolleginnen und Kollegen für die GdP Arbeit zu gewinnen. Da es in der Bereitschaftspolizei meistens nur kurze Verwendungszeiten von vielen Kolleginnen und Kollegen gibt, ist das Engagement in der GdP nicht immer gegeben. Mit Markus Schaaf und Daniel Demes hofft er aber auf zwei künftige Interessenstreiter der GdP.

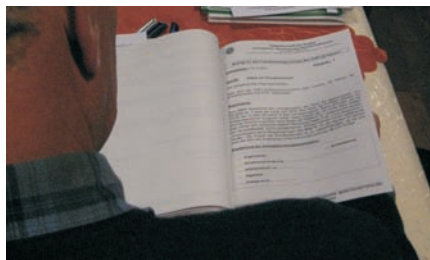
Im Zusammenspiel mit dem GdP - Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei kann auf Bundesebene auch die HBP profitieren. Beispielhaft sind an dieser Stelle die Bemühungen zu nennen, die letztlich die Verbesserungen der Unterbringungsstätten bei bundesweiten Großlagen nach sich gezogen haben. Gerade bei den Dauerlagen in der Bundeshauptstadt Berlin kann man die Kräfte nicht dauerhaft entgegen der Vorgaben aus dem Leitfaden 150 unterbringen.

Auch die durch die Bezirksgruppe unterstützten Einsatzbetreuungsmaßnahmen des Personalrates, der bei vielen herausragenden Einsatzlagen national und international dabei war und sich um Unterbringung und Vergütung der eingesetzten Kräfte bemühte, zeigt die Geschlossenheit von GdP und Personalrat. Mit Blick auf die Landesliste für den Hauptpersonalrat der hessischen Polizei untermauerte Detlef Otto die Absicht, bei den Beamtinnen und Beamten jeweils die Spitzenplätze besetzen zu wollen. Ob dies Anfang Dezember anlässlich der Klausurtagung in Marburg an der Lahn gelingen werde, bleibt natürlich abzuwarten. Zeitgleich wird der Castor – Transport in Gorbelen wahrscheinlich rollen. Hier sind Personalrat und Bezirksgruppe natürlich mit einsatzbegleitenden Kräften wieder mit vor Ort.

### **Betrachtungen des Personalratsvorsitzenden**

Roland Kramer, ließ keinen Zweifel daran, dass die Bezirksgruppe, und damit auch der Personalrat, mit Blick auf die nächstjährigen Personalratswahlen gut aufgestellt sei. Da er Ende April 2012 in den Ruhestand treten wird, hat er sich bereits frühzeitig um einen geeigneten und willigen Nachfolger im Personalrat bemüht. Mit Tino Müller sei dies auch gelungen. Tino Müller ist im Personalrat und in der GdP kein unbekannter, bereits seit mehreren Legislaturperioden ist er ordentliches Personalratsmitglied. Als Kreisgruppenvorsitzender trägt er zudem Verantwortung für die GdP. Damit die Nachfolge auch gelingt, gelte es nun, den Kolleginnen und Kollegen klar zu machen, dass nur eine hohe

Wahlbeteiligung auch ein gutes Ergebnis für die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten bringt. Stärke braucht Stimme!



**Anträge, Anträge....**

Eine starke Wahlbeteiligung zeigt den politisch Verantwortlichen auch, dass die Beschäftigten hinter ihren Personalvertreterinnen und Personalvertretern stehen.

Neue Überlegungen, die Reformbestrebungen bei der Polizeihubschrauberstaffel, der Wasserschutzpolizei, der Polizeireiterstaffel und des Landespolizeiorchesters werden vollumfänglich durch den Personalrat gewohnt kritisch begleitet. Die Einsparvorgabe des Finanzministers darf nicht dazu führen, dass effiziente Polizeistrukturen geopfert werden und damit Geld in den leeren Haushalt kommt. Ob und wie beispielsweise bestehende Kooperationen eingegangen oder ausgebaut werden können, wird sich zeigen. Finanzminister Schäfer und Innenminister Rhein haben festgeschrieben, dass landesweit keine Dienststellen geschlossen werden und dass die Personalstärke der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten ebenfalls festgeschrieben sind. Auch die Themenfelder Ausstattung und Ausrüstung wurden vom Personalratsvorsitzenden beleuchtet. Die Fahrzeugausstattung im Bereich der HBP ist noch immer nicht vergleichbar mit den Flächenpräsidien. Vom Bund ist wenig zu erwarten, da dieser ebenfalls die Mittel um 50 Prozent gekürzt hat.

Inwieweit es jetzt gelingt, fehlende Ausrüstungsgegenstände, auch die Regenschutzbekleidung noch vor dem anstehenden Castor Transport an die Kolleginnen und Kollegen auszugeben, ist noch nicht geklärt. Im Nachgang bedankte sich Roland Kramer stellvertretend für alle Anwesenden beim BZG – Chef

Detlef Otto für dessen Engagement. Auch Roland Kramer bekam neben dem Applaus ein Präsent aus der Mitte der Versammlung, denn auch sein Wirken hat bei den Beschäftigten die breite Zustimmung in vielen Angelegenheiten gefunden.

### **Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahl 2012**

Im Weiteren hatten die Delegierten dann die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen zu wählen. Aus der Versammlung erging ein klares Signal in Richtung Personalratswahlen: alle Kandidatinnen und Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Dies zeigt die Geschlossenheit unserer Bezirksgruppe.

Für den Personalrat der HBP, Beamtinnen: Sandra Temmen (I. BPA), Nicole Hölzl (WSP), Maike Gilfert (LRSt), Tanja Wiegand (III. BPA), Sandra Weegels (II. BPA), Julia Dreher (PHuSt), Simone Göbel (I. BPA), Sandra Schwan (LRSt).

Für den Personalrat der HBP, Beamte: Valentin Müller (I. BPA), Detlef Otto (III. BPA), Hendrik Steinack (WSP), Marco Freisenhausen (IV. BPA), Peter Tilger (II. BPA), Jens Mohrherr (BPP), Norbert Belz (PHuSt), Ralf Heyer (I. BPA), Stefan Ritter (III. BPA), Markus Collet (WSP), Klaus Otto (I. BPA), Peter Knetsch (II. BPA), Wolfgang Menschel (IV. BPA), Markus Kachler (I. BPA), Markus Müller (WSP), Markus Schaaf (I. BPA), Thomas Weber (III. BPA), David Demes (I. BPA), Hendrik Becker (III. BPA)

Beschäftigtenvertreterinnen für den Personalrat HBP: Ramona Stein (PHuSt), Conny Teriakidis (WSP), Elke Wißner (II. BPA), Martina Freimuth (I. BPA). Beschäftigtenvertreter: Joachim Volmer (IV. BPA), Patrick Wessel (BPP), Herbert Hennig (I. BPA).

Für den Hauptpersonalrat der Polizei, Beamtinnen: Sandra Temmen (I. BPA), Nicole Hölzl (WSP), Maike Gilfert (LRSt.).

Für den Hauptpersonalrat, Beamte: Jens Mohrherr (BPP); Detlef Otto (III. BPA), Valentin Müller (I. BPA).

Beschäftigtenvertreterinnen für den Hauptpersonalrat: Martina Freimuth (I.BPA). Beschäftigtenvertreter für den Hauptpersonalrat: Joachim Vollmer (IV. BPA) und Patrick Wessel (BPP).

### Fazit

Der außerordentliche Delegiertentag der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei hat deutlich gemacht,



dass die Beschäftigten sich auf die Interessenvertreter Personalrat und Gewerkschaft verlassen können. Der gelebte Solidargedanke und das gemeinsame Zutun vieler, erreicht in Zeiten knapper Kassen mehr als das Kündigen und Zurückziehen aus der Solidargemeinschaft.

**Die GdP – Eine für ALLE!**

## KG MUDRA lud zur Jahreshauptversammlung ein

Am 21. September 2011 fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mudra statt.

Als Gast begrüßte der Vorsitzende, Tino Müller, den stellvertretenden Abteilungsleiter, Thomas Schmidl, den Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe HBP, Detlef Otto sowie den Personalratsvorsitzenden der HBP, Roland Kramer, die auf aktuelle Informationen und Sachstandsberichte zu den in der Versammlung behandelten Themen Auskunft geben konnten.

Zunächst berichtete der Vorsitzende über die Aktivitäten der Kreisgruppe im Berichtszeitraum:

- | Unterstützung von Veranstaltungen in der I.BPA durch Bereitstellung von Sachpreisen
- | Durchführung des Skatturniers im November 2010
- | Unterstützung beim GdP-Brunnenfest
- | Bikertour der GdP-Kreisgruppe Mudra unter Leitung von Ralf Heyer vom 22.-26.6.2011 nach Südtirol
- | Finanzierung und Bereitstellen von Werbemitteln
- | Bearbeiten von Rechtsschutzvorgängen
- | aktive Unterstützung der Postkartenaktion der GdP zur inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses 2011 auf die Beamtinnen und Beamten.

Hierbei bedankte sich der Vorsitzende noch einmal für die große Unterstützung und hohe Beteiligung aller Kolleginnen und Kollegen der

I.BPA. Die enorme Resonanz zeigte Wirkung bei den Politikern, Signale eines deutlich verbesserten Angebots waren erkennbar.

Geprägt war die Mitgliederversammlung durch die Neuwahl des Kreisgruppenvorstands sowie der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten der I.BPA für die Listen der GdP zur Personalratswahl im Mai 2012. Tino Müller wurde als Vorsitzender der Kreisgruppe Mudra wieder gewählt, ebenso die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Sandra Temmen und Ralf Heyer sowie der Kassierer Egbert Host. Für Tarifangelegenheiten sind künftig Martina Freimuth und Herbert Hennig zuständig. Die Vertrauensleute in den Einheiten wurden wie folgt gewählt: Markus Kachler, EE 11, Markus Schaaß, EE 12, Daniel Demes, EE 13, Thomas Hesse, TEE 19, Klaus Otto, AFE 17. Ihren Unmut zeigten die Anwesenden mit scharfen Protesten und großem Unverständnis über die geplanten Änderungen in der Beihilfeverordnung durch die Landesregierung. Bei monatlichen Mehrbelastungen von bis zu 300,- gilt es mit allen möglichen Mitteln diese „Reform“ zu verhindern.

Als Teil einer gerechten Wertschätzung der HBP wurde die Forderung zur Gleichbehandlung des Personals der HBP mit dem Personal der anderen Behörden der Hessischen Polizei beim Stellenhe-



**Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft**

bungsprogramm gestellt. Auch an den in diesem Zusammenhang einstimmig gefassten Beschluss der Delegierten beim letzten Landesdelegiertentag der GdP in Weilburg wurde erinnert. Für ihre langjährige GdP-Mitgliedschaft wurden die nachfolgend genannten Kolleginnen und Kollegen geehrt:

Egbert Host, Carsten Schmidt, Zoran Spicek für 25 Jahre Mitgliedschaft

Gertrud Schuchmann, Hans Kemnade, Kurt Meier für 50 Jahre Mitgliedschaft

Tino Müller, Vorsitzender

Wir machen Haarmode. Und das mit purer Leidenschaft. Für die Dame, den Herren und unsere Jüngsten.

Bei allen unseren Dienstleistungen ob Schnitt, Coloration oder Styling steht für uns die Qualität an oberster Stelle.

Wir wollen, das Sie sich bei uns wohlfühlen.

**Renate Gerstner**  
Friseurin aus Leidenschaft.

Stolbergerstr. 67  
65205 Wiesbaden  
Tel. 06122-12088

# Gemeinsamer Betriebsausflug PTLV & HLKA

## 450 Aktive und Ehemalige der beiden Behörden erobern Bacharach



**Begrüßung von G. Dölger (Behördenleitung) und Personalratsvorsitzenden**

Es ist Mittwochmorgen, der 24.08.2011.

Das Wetter läßt nicht gerade zu einem Tagesausflug ein. Dennoch stehen am Biebricher Rheinufer hunderte gutgelaunter Menschen und warten darauf, die „RheinStar“ stürmen zu können. Ich geselle mich an die „Front“ und schon geht's los – die Tore öffnen sich und HLKA und PTLV'ler betreten das Schiff. Nach einem großen Hallo an die Kolleginnen und Kollegen, die bereits in Eltville zugestiegen sind, legt das Schiff gen Bacharach ab. Das Wetter wird immer besch...eidener, aber das ändert nichts an der guten Stimmung an Bord. Nach den Begrüßungen durch die beiden Präsidenten und dem Personalratsvorsitzenden des HLKA beginnt eine außergewöhnliche Autogrammstunde. Liane Bellmann enthüllt ein Gemälde der „RheinStar“, und um das Kunstwerk fertig zu stellen, werden die Unterschriften der Kolleginnen und Kollegen benötigt. Nach zögerlichem Beginn werden im Laufe der Fahrt die Stifte zu heiß begehrter Ware und das Bild nimmt mehr und mehr Gestalt an.

Bei einem „Spaziergang“ über die verschiedenen Decks entdeckt man die Kolleginnen und Kollegen beim gemeinsamen Frühstück bis hin zum Kartenspielen und Zucker-

würfel stapeln. Doch viele genießen auch einfach in ungezwungener Atmosphäre mit aktiven und ehemaligen Kolleginnen und Kollegen einen Plausch zu halten oder auch mal (behördenübergreifend) neue Leute kennenzulernen.

Pünktlich beim Anlegen in Bacharach hat auch der Wettergott ein Einsehen und bei strahlendem Sonnenschein werden wir vom Bürgermeister, sowie Bacchus begrüßt, bevor es an die Gruppenverteilung geht. Neben eigenen Wegen und einer Stadtführung, gibt es auch die sogenannte „Schoppestechertour“,

zu der ich mich angemeldet habe. Die Gruppe ist komplett und schon geht's los. Während uns unsere charmante Führerin am Rheinufer bereits die ersten Einblicke in die Stadt Bacharach und deren Weinbau gewährt, testen wir den Sekt. Mit unseren Gläsern bewaffnet treten wir nun die Führung zu Fuß an und machen unseren ersten Stopp am Münzturm (und einem Gläschen Rotwein). Weiter geht's vorbei an tollen Fachwerkhäusern in den Malerwinkel, wo uns bereits ein Weißwein erwartet. Unsere nächste Station ist schon in Sichtweite – und sieht verdammt hoch aus. Aber wir glauben unserer Stadtführerin und treten tapfer den Weg zum Postenturm an. Dort angekommen erwartet uns ein weiterer Weißwein, wobei auch das angebotene Wasser immer mehr Absatz findet. Wie immer heißt es auch hier, „einmal oben angekommen, geht's auch wieder runter“. Hier macht sich auch bequemes Schuhwerk bezahlt. Im Ort angekommen genießen wir an einem Brunnen den letzten Weißwein, der so gut ankommt, dass die noch geschlossene Flasche von hilfsbereiten PTLV'lerinnen in Obhut genommen wird. Mit einem Teil der Gruppe nehme ich nun Kurs auf den Innenhof des Posthofs, um noch etwas zu essen, bevor wir die lange Heimreise antreten. Das Essen



**Künstlerische Begleitung durch Liane Bellmann**

schmeckt und alle Teller sind leer...doch trotzdem ziehen dunkle Wolken am Himmel auf. Also: schnell bezahlen und ab zum Schiff. Schnell sind wir zwar, doch es fängt trotzdem an zu regnen. „Na egal“, denken wir uns noch in der Unterführung, „wir haben ja Schirme und Regenjacken und schließlich sind wir nicht aus Zucker. Das bisschen Regen werden wir schon überstehen“. Oder auch nicht...fängt es doch an wie aus Eimern zu schütten und zu stürmen. Weder Regenjacke

noch Schirm kann uns vor diesen Wassermassen schützen. Und da wir nicht die einzigen „begossenen Pudel“ an Bord sind, bildet sich schnell eine Schlange vor der Damentoilette. An sich nichts Ungeöhnliches, doch diesmal ist einzig und allein der Handtrockner das Ziel der Begierde.

Wenigstens etwas getrocknet und (dank eines LKA Kollegen) mit trockenem T-Shirt, trete ich mit den anderen die Rückreise an. Bei der Verlosung freuen sich die Gewinner

über verschiedenste Preise, u. a. einem Gutschein für zwei Schifftickets zu „Rhein in Flammen“.

Mein Fazit am Ende eines im wahrsten Sinne des Wortes „feucht-fröhlichen“ Tages:

Es hat viel Spaß gemacht, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des LKA die „RheinStar“ und Bacharach zu erobern.

Ich freue mich jedenfalls auf eine weitere Tour... Katrin Kuhl, PTLV

## Klausurtagung des Bezirksgruppenvorstandes Polizeizentralbehörden

Bei Sonnenschein und heißen Temperaturen trafen am 17.08.2011 die Mitglieder des Bezirksgruppenvorstandes Polizeizentralbehörden im Berghotel (Berghausen) ein.

Das schöne Wetter konnte jedoch die traurige Nachricht über den Tod von Walter Kaiser nicht wegzubern. Walter sollte und wollte als Seniorenvertreter an der Sitzung teilnehmen, doch leider verstarb er nur wenige Tage zuvor.

In Gedenken an ihn wurde vor dem jeweiligen Sitzungsbeginn eine Kerze entzündet und so hatte Walter seinen Platz in der Mitte. Nach einer Schweigeminute waren sich alle einig, dass Walter zwar sehr fehlen, aber immer in den Herzen bleiben wird.

Die Sitzung startete direkt mit Informationen aus den verschiedenen Gremien. So gab es beispielsweise aus dem Landesbezirk eine Neueinstellung in der Geschäftsstelle zu vermelden. Es folgten Berichte über die erfolgreiche GdP-Fahrradtour nach Berlin, die Postkartenaktion anlässlich der Nichtübertragung des Tarifabschlusses, sowie über die geplante Zentralisierung des ärztlichen Dienstes oder der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, um nur einige der vielen Punkte zu nennen. Auch aktuelle Informationen aus der Tarifkommission, den Personen- und Kreisgruppen, der Kripo-Kommission und dem Landeskontrollausschuss durften natürlich nicht fehlen. So konnten sich alle



Walter Kaiser und Katrin Kuhl im Jahr 2010

Vorstandsmitglieder auf den neuesten Stand bringen und, nach dem Kassenbericht den Hauptpersonalratsvorsitzenden begrüßen. Er schilderte den aktuellen Sachstand zur Tarifübertragung sowie zum 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz und alle Teilnehmer waren dankbar für seine Ausführungen – bekam man doch Infos aus erster Hand.

Nach einem informationsgeballten Tag machte sich die Truppe nun zu einer kleinen Wanderung durch die Felder und Wälder von Berghausen auf, jedoch ohne die Rechnung mit den dort rumschwirrenden Wespen und Bremsen zu machen. So wurde an der „Zwischenstation“ nicht nur den Getränken, sondern auch Zwiebeln und Kühlpads entgegengefebert. Nachdem die „Ausfälle“ behandelt wurden, konnte der Großteil der Truppe die Wanderung zurück zum Hotel in Angriff neh-

men, bevor es zum Abendessen und einem gemütlichen Zusammensitzen überging.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Personalratswahlen 2012.

Die aktuellen Sachstände aus den einzelnen Kreisgruppen für die örtlichen Personalräte wurden erörtert und erste Überlegungen für den Hauptpersonalrat angestellt.

Dieses Vormittag füllende Thema wird natürlich auch die nächsten Sitzungen begleiten und so konnte, nach den letzten Vorbereitungen für das erste Grillfest der kompletten Bezirksgruppe und einem abschließenden Mittagessen, die Heimreise nach zwei arbeitsintensiven und konstruktiven Tagen angetreten werden.

# Vorbereitung auf den Castor – Transport 2011

Alle Jahre wieder steht die Deutsche Polizei vor einer Aufgabe, die nur gemeinsam gelöst werden kann. Alle Jahre wieder startet der größte Polizeieinsatz des Jahres in Frankreich.

Auf dem Schienenweg werden Castorbehälter mit ihrer strahlenden Fracht durch Deutschland ins Wendland, nach Niedersachsen gebracht, um im Zwischenlager Gorleben auf ihre über jahrtausende, strahlende „Endlagerung“ zu warten.

Seit Jahresbeginn laufen die polizeilichen Vorbereitungen, um diesen Einsatz taktisch und logistisch bewältigen zu können. Nicht verborgen blieb der Welt und den Menschen der Super Gau im japanischen Fukushima, der die Protestbewegung mit Blick auf das Protestpotential noch ansteigen lassen wird. Nicht nur die Polizeiführung beschäftigt sich mit Vorbereitungen für den Castor, auch Personalräte und Gewerkschaften aus allen Bundesländern leisten ihren Beitrag.

Nach einer Nachbereitung des Castortransportes 2010, am 19. Januar diesen Jahres in Lüneburg, an welcher der Personalrat der HBP, Vertreten durch Valentin Müller und dem Vorsitzenden für den Hauptpersonalrat der Hessischen Polizei und den Personalrat der Hessischen Bereitschaftspolizei teilgenommen hatten.

Am 11. Oktober 2011 fand in Lüneburg eine Vorbereitungssitzung für den anstehenden Castortransport für die Personalräte der Länder und der Gewerkschaften statt.

Zum Auftakt der Veranstaltung, an der neben Vertretern des Innenministeriums Niedersachsens die gesamte für den Castortransport verantwortliche Polizeiführung zugegen war, bedankte sich Polizeipräsident Niehooster aus Niedersachsen bei allen Personalräten und Gewerkschaftsvertretern für die konstruktive Kritik nach dem Castoreinsatz 2010, die er damals zu Unrecht als „Meckerlisten“ bezeichnet hatte.

Er betone ausdrücklich, dass alle Verantwortlichen aus den Fehlern



**Landespolizeipräsident Niedersachsen**

des Vorjahres gelernt hätten und jetzt voller Stolz vermelden können, dass weitestgehend den Wünschen der Personal- und Gewerkschaftsvertreter gefolgt werden könne.

Er betonte, dass für diese Einsatzvorbereitung Geld keine Rolle gespielt habe, er aber hoffe, dass die zu bestreitenden Kosten von allen Bundesländern getragen werden.

Da es sich uns verbietet auf polizeitaktische Maßnahmen einzugehen, die dem polizeilichen Gegenüber Vorteile verschaffen könnten, was letztendlich unseren Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit erschweren würde, halte ich mich in meinen weiteren Ausführungen allgemein. Fragen aus dem polizeitaktischen Bereich, die bislang nicht zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden konnten, wurden von uns selbstverständlich als Anfrage an unser Innenministerium, das Präsidium des HBPP und unsere Einsatzführende III. BPA weiter geleitet. Hierzu gehört auch eine Antwort zum Strahlenschutz für unsere Kolleginnen und Kollegen, die die Castoren begleiten oder einsatzbedingt in das Zwischenlager müssen.

## **Versorgung/Unterbringung/Logistik**

Aus den Fehlern von 2010 wurde gelernt, so dass es für den diesjährigen Castortransport einen eigenen Einsatzabschnitt Versorgung/Unterbringung und Logistik geben wird.

Der verantwortliche Polizeiführer führte hierzu aus:

- | Der Leitfaden 150 – Versorgung und Unterbringung der Polizei im Einsatz findet Anwendung und gilt als „Bibel“.
- | Durch die bisherige Vorplanung stehen bislang 2800 mehr Betten zur Verfügung, wie für die Kräfteplanung erforderlich ist.
- | Entsprechend der Entfernung von Unterkunft zum Einsatzraum werden die Kräfte in entsprechenden Schichtrhythmen eingesetzt.
- | Zur Gewährleistung einer optimalen Kräfte- und Versorgungsplanung wird eine Software installiert, über die die einzelnen Einheiten regelmäßig abgefragt werden können.
- | Die Versorgung wird so ausgelegt, dass alle Kräfte an allen Standorten versorgt werden können.
- | Darüber hinaus wird es zusätzlich „Hundertschaftsverpflegung“ geben, die mitgeführt wird. \*Auch für den Fall möglicher Blockaden ist Vorsorge getroffen, um mit speziell beschafften Spezialfahrzeugen zu den Kräften zu gelangen oder eine Luftversorgung durchzuführen.
- | In allen Unterkünften wird eine medizinische Versorgung gewährleistet.
- | Für die Entsorgung im Einsatzraum ist hinreichend Sorge getragen. Hierzu wurden ausreichende Entsorgungscontainer und Toilettenlagen beschafft, die bei Bedarf direkt vor Ort gebracht werden.

Wenn das alles so funktioniert, wird die Polizeiführung in Niedersachsen eine logistische Glanzleistung vollführen, die wir dankbar, gerne als Maßstab für die Zukunft nehmen.

Ihr liebe Kolleginnen und Kollegen trägt eure Haut zum Markte und müsst dies allemal wert sein.

Was noch nicht geklärt ist, ist die Frage der finanziellen Vergütung der von euch aufgewendeten Zeit, um den „Strahlemann“ ins Körbchen zu bringen.

Wir haben unser Landespolizeipräsidium angeschrieben und aufgefordert, euch die Zeit vom Verlassen der Unterkunft, bis zur Rückkehr in eure Unterkunft 1:1 zu vergüten, wie es die EU-Richtlinien vorsehen.

Dass man euch alternativ gestattet, eure Familien mit in den Einsatz zu nehmen, kann ich mir nur sehr schwer vorstellen!!!

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gilt auch für Hessen!



**Blick ins Plenum**

Im Einsatzraum werdet Ihr selbstverständlich durch euren Personalrat und eure BZG BePo betreut. Eure Ansprechpartner im Wendland:

**Valentin Müller,**  
Tel.: 0172 - 2087208

**Detlef Otto,**  
Tel.: 01525 - 6126096

Personalrat und BZG BePo wünscht euch einen guten Einsatzverlauf, aus dem Ihr Gesund und schadlos zurück kehrt.

Roland Kramer  
BZG Bereitschaftspolizei

## Polizisten im Fokus der Gewalttäter

### Einsätze in und um Fußballstadien immer gefährlicher!

Beim zurückliegenden Pokalspiel Ende Oktober in der DFB – Pokal Hauptrunde zwischen dem Zweitligisten Eintracht Frankfurt und dem Bundesligisten 1. FC Kaiserslautern kam es erneut zu schweren Krawallen zwischen Chaoten und Polizei. Und es kam, wie es kommen musste: viele eingesetzte Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, einige davon sehr schwer. Auch zehn Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Bereitschaftspolizei wurden verletzt. Tags zuvor hatten beim Pokalspiel des amtierenden Meisters in Dortmund angereiste Chaoten aus Dresden ebenfalls für chaotische Zustände in der Dortmunder Innenstadt gesorgt. Im Nachgang überschlugen sich jetzt viele Politiker in der Presse mit Verlautbarungen, „gegen die Krawallmacher vorgehen zu wollen“. Warum erst jetzt? Muss immer erst „das Kind in den Brunnen fallen“, um diejenigen wach zu rütteln, die in unserer Gesellschaft für die Gesetzgebung verantwortlich sind? Zugegeben, gesetzliche Regelungen sind nicht das Allheilmittel. Sie sind aber ein Anfang, um diejenigen, die den Staat schützen, nicht alleine zu lassen. Die GdP hatte bereits unter dem Motto „Feindbilder ins Abseits“ Anfang dieses Jahres einen Fußball – Gipfel in Frankfurt am Main durchgeführt. Gemeinsam hatten der Deutsche

Fußball Bund, der Ligaverband und die GdP diesen Kongress ausgerichtet. 300 Teilnehmer aus Verbänden, Vereinen, der Polizei und Fanggruppierungen waren dabei anwesend. Die dort erarbeiteten Botschaften, unter anderem „so viel Sicherheit wie nötig, so wenige Einschränkungen wie möglich“, wurden am Pokalspieltag Ende Oktober wieder einmal „ad absurdum“ geführt. Auch Boris Rhein meldete sich zu Wort: „Null-Toleranz gegenüber gewaltbereiten Fußballfans, ein anderes Credo kann es nicht mehr geben!“ „Bisher haben die Verantwortlichen der Frankfurter Ultras Gesprächsangebote von Seiten der Polizei ignoriert. Stattdessen attackierten Ultras und Hooligans am vergangenen Mittwoch gezielt Polizeibeamte und verletzten diese zum Teil schwer. Die Gewalt der sogenannten Fußballfans hat jetzt eine Qualität erreicht, der wir entschieden entgegenwirken werden. Allein auf die Selbstreinigungskräfte der Fangruppen zu setzen reicht offenbar nicht aus, um die gewaltbereiten Ultras zum Einlenken zu bewegen. Ab sofort legt die Polizei eine härtere Gangart gegen gewaltbereite Problemfans ein.“, so Innenminister Rhein weiter. Wie soll die Polizei den Forderungen des Innenministers nachkommen? Wenn Gewalt von sogenannten



**Stadionszene**

Fans ausgeübt wird, haben die eingesetzten Polizeikräfte oft keine Chance! Ständig neue Erfindungen wie „China – Böller“ führen dazu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen dauerhaft geschädigt werden (Knalltraumen, Hörschädigungen). Wenn dann noch an Spieltagen der 2. und 3. Liga mehrere hessische Fußballvereine von Freitag bis Sonntag ihre Spieltage haben, sind Dauerbelastungen der Polizei nicht auszuschließen. So reisten Kräfte der Polizei im September freitags nach Wiesbaden (3. Liga), samstags nach Darmstadt (3. Liga), um dann schlussendlich sonntags in Frankfurt dort die letzte Problem-party in der 2. Liga noch „abzuarbeiten“. Wohlgedenkt, hier ist kein Erstligist dabei! Hinzu kommen Problemspiele in benachbarten Bundesländern, die ebenfalls im Rahmen von Unterstützungseinsätzen bewältigt werden müssen.



**Aufgerüstet gegen Gewalttäter**

**Forderungen der GdP lauten hier:**

- | Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende und flexible Termine, und Reaktion auf kurzfristig auftretende Situationen/Terminkollisionen – notfalls bis zur Spielabsage.
- | Konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften aus den

Sicherheitsrichtlinien - auch bei unteren Ligen (4. + 5).

- | Stadionverbote müssen einheitlich gehandhabt werden – auch in klassentiefere Ligen. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverboten der Deutschen Bahn führen.
- | Ausbau der Fanbetreuung, auch bei Vereinen in niedrigeren Ligen – auch mittels finanzieller Unterstützung DFB (oder DFL – da Ver-

eine der 1., 2. und auch 3. Liga Interesse daran haben müssen, dass Fußball kein negatives Image erhält).

- | Vereine müssen animiert werden, entschiedener gegen Gewalttäter vorzugehen.
- | Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste in unteren Ligen sicherstellen.
- | Einwirken auf Politiker, dass genügend qualifiziertes Personal vorgehalten wird, um Einsatzgeschehen inklusive Fußballereinsätze sicherzustellen.
- | Einwirken auf die Justizminister der Länder, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten (Haftbefehle) sicherzustellen.
- | Das Nationale Konzept "Sport und Sicherheit" muss häufiger mit den polizeilichen Gefahrenprognosen abgeglichen werden.

Wir werden die Entwicklung in den Fußballstadien aufmerksam verfolgen! JM

## Aus dem Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei

In diesem Jahr fand satzungsgemäß die erste Arbeitssitzung des Bundesfachausschusses der Bereitschaftspolizei (BFA Bepo) in Berlin statt; infolge des Bundeskongress vom Herbst 2010.

Bei der konstituierenden Sitzung wurde Bernhard Schmidt aus Berlin als Vorsitzender für den BFA bestätigt und erneut zum Vorsitzenden gewählt.

In der Runde wurde besonders der stellv. Bundesvorsitzende Jörg Radek (BuPol) begrüßt, der den BFA auch in der neuen Legislaturperiode als Koordinator zum Bundesvorstand fachlich kompetent begleitet.

Im BFA sitzen kraft Amtes alle gewählten BZG- Vorsitzenden aus den Ländern und beschäftigen sich mindestens einmal jährlich und bei aktuellen Anlässen mit allen Angelegenheiten der Bereitschaftspolizei mit gemeinsamer Zielsetzung, wie beispielsweise Einsatznachberei-



**Inspekteur Schubert**

tungen oder Erstellung von Grundlagen-Broschüren, wie etwa das Positionspapier Bereitschaftspolizei, das Strategiepapier Einsatz oder den Leitfaden 150 (einheitliche Unterbringung und Versorgung),

In der BFA-Sitzung wurde der Jahresbericht des Inspektors des Bundes für die Bereitschaftspolizeien der Länder, Jürgen Schubert, verteilt. Kleine Nachlese: Bei 160 länderübergreifender Einsätzen in 2009 mit 70.000 eingesetzten BeamtInnen, 122 Anlässen im Jahr

2010 mit 67.000, und mit Ausblick auf 2011 wird man vermutlich erneut bis 70.000 Bereitschaftspolizisten bei über 130 Großlagen einsetzen. Beklagenswert ist, dass die Tendenz der länderübergreifenden Einsätze zunimmt, allerdings bei anhaltendem Personalabbau von Polizeivollzugsbeamten in den Nachbarländern und unter Mehrbelastung unserer hessischen Bereitschaftspolizei. Einsatz-Höhepunkt war 2010 der Castortransport mit rund 20.000 Einsatzkräften.

Für den diesjährigen Castortransport bereitet das Land Niedersachsen einen Großeinsatz für zunächst 12.000 Kräfte vor; ein sehr hoher logistischer Aufwand für Unterbringung, Versorgung und Entsorgung und vor allem der Arbeitszeiten, die wieder zwischen 16 bis 32 Stunden und mehr liegen könnten. Entscheidend dafür wird ein reibungsloser Castortransport bis ins



Zwischenlager Gorleben sein. Ende 2010 verfügten Bund und Länder über 16.387 PVB.

„Bundes-Inspekteur“ Jürgen Schubert muss mit weiterem Personalabbau in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, und auch kleineren Reformen in Rheinland-Pfalz und Saarland rechnen, da dort massive Personalabbaumaßnahmen geplant sind.

Schwerpunkte in diesem Jahr waren für die HBP Einsatzlagen wie 1. Mai in Bremen und Berlin, Leipzig (Jahrestag Bombardierung), Sicherheitskonferenz München, Innenministerkonferenz in Wiesbaden, Fußball WM Frauen, vermehrt Demonstrationen von Rechten u. Linken und zahlreiche Fußballspiele.

Dazu laufen bereits planbare aktuelle Unterstützungseinsätze RESI, wegen zunehmender Kriminalität an bestimmten Brennpunkten. Für die „Regionale Sicherheit“ stehen dem Einzeldienst in der Fläche 100 Bereitschaftspolizisten fest planbar zur Verfügung; damit sind durchgehend 2 Einsatzeinheiten beschäftigt, die nur im Ausnahmefall für Großlagen aushelfen werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das eine nachträgliche Reduzierung der Bereitschaftspolizei um 100 PVB. Die Auswirkungen und Folgen der Einsatzbelastung dieser planbaren Einsätze und kurzfristig eingeschobene Anlässe bei zunehmender Arbeitsdichte, führt zu Mehrarbeitsstunden, die nicht abgebaut werden können, infolge zu Gesundheitsproblemen. Wegen Unplanbarkeit von Freizeit ist der soziale Frieden im Fa-

milien- und Bekanntenkreis bedroht; es gibt keine Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So bleibt die Zementierung des Wunsches eines planbaren freien Wochenendes und die Wertschätzung bzw. Anerkennung zur notwendigen Freizeit- und Erholungsphasen im Rahmen der Fürsorge des Dienstherrn oberste Pflicht und fordert die Gewerkschaft und unsere Vertreter im Personalrat gleichermaßen. Abschließend beschäftigt sich der BFA Bepo, wie alle unsere gewerkschaftlichen und personalrätlichen Gremien, mit den Auswirkungen zunehmender Gewalt gegen Polizeibeamte, infolge langer Einsatzzeiten immer wieder mit der Umsetzung von EU-Recht, und allen Problemen die sich aus der Ausstattung und Ausrüstung von Bereitschaftspolizisten ergeben. D.O.

## GdP feiert „Brunnenfest in der Mudra“

Am Dienstag, dem 30. August 2011 war es wieder so weit, der Brunnen in der „Mudra“ sprudelte und das von Bezirksgruppe-BePo, Kreisgruppe Mudra und Kreisgruppe Präsidium gemeinsam gestaltete Brunnenfest in der Mudra konnte gestartet werden.

Bei stahlendem Sonnenschein ging es gegen 15.00 Uhr mit kostenlosem Kaffee und Kuchen, gesponsert von der Kreisgruppe „Präsidium“, los. Ab 18.00 Uhr ging dann richtig die Post ab, unser Gesangsstar Jonas Weyand, ein Kollege der HPA, hatte gerade seine Welttournee hinter sich gebracht und bot nun sein gesamtes Repertoire dar. Dieses reichte von Hardrock bis hin zur nachdenklich stimmenden Ballade. Er war einfach nur super, was sich an den aktiven Tanzeinlagen von Jung und Alt ablesen lies.

Aus den Zapfhähnen der Bierampel floss elegantes Pils und uriges Weizenbier.

Wein, Sekt und alkoholfreie Getränke standen bereit.

Besondere kulinarische Schmankelei bot unser Küchenchef aus der Mudra, der in diesem Jahr mit einer



**Gäste**

professionellen Bewirtung für das Wohl der Gäste sorgte.

Zum besonderen Highlight entwickelte sich im Laufe des Abends unsere Cocktailbar. Hier wurden leckere Cocktails, mit aber auch ohne Alkohol gemixt. Wie beliebt unser Brunnenfest geworden ist, konnte man an den Gästen sehen. Neben den Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei hatten Kollegin-

nen und Kollegen aus dem BKA, LKA, dem Innenministerium, den PP'en Westhessen, Südhessen, Frankfurt und Mittelhessen den Weg nach Wiesbaden gefunden.

Der gute Zuspruch für unser Brunnenfest hielt sich bei angenehmen Temperaturen bis weit nach Mitternacht. Eine entspannte, lockere Atmosphäre sorgte für viele interessante Gespräche und viel Spaß.

Aber neben dem Spaß machten sich viele Kolleginnen und Kollegen Luft und äußerten ihre Verärgerung über den Umgang der schwarz/gelben Landesregierung mit ihnen.

Sie fühlen sich, durch die nicht erfolgte 1 : 1 Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten und die geplanten Negativeingriffe in die Beihilfe, verraten und verkauft!



Jonas Weyand

Dank gilt all den ungenannten Helfern und der Abteilungsleitung der I. BPA, insbesondere den Kollegen unserer TEE und AFE für die freundliche Unterstützung.

Nach dem Motto –„nach der Schlacht ist vor der Schlacht“– planen wir schon mal für 2012 das nächste Brunnenfest.

Roland Kramer  
BZG Bereitschaftspolizei

## 1. Grillfest der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden

Es hatten wohl alle Gäste tags zuvor Ihre Teller leer gegessen, denn das Wetter beim 1. Grillfest der kompletten Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden – sprich HLKA, HPA und PTLV - am 01.09.2011 war einfach perfekt.

Die anfängliche Skepsis des Vorstands in der heutigen „Höher-Schneller-Weiter-Gesellschaft“ mit einem „banalen Grillfest niemanden mehr hinter dem Ofen vorlocken zu können“, verflog relativ schnell, nachdem bereits kurz nach 15:00 Uhr bei strahlendem Sonnenschein die ersten Mitglieder der Kreisgruppen PTLV und HLKA Platz nahmen. Auch einige Mitglieder der HPA ließen es sich nicht nehmen auf dem Heimweg noch einen Halt an

der PTLV Grillhütte einzulegen. Bei leckeren Grillwürsten, von Bernd Petri (PTLV) und Heinz Schiskowsky (HLKA) frisch serviert, und einem kühlen (alkoholfreien) Bier machte es allen sichtlich Spaß mal über den Tellerrand der eigenen Kreisgruppe hinauszusehen und neue Leute kennenzulernen.

So wollten es sich auch nicht der HPR-Vorsitzende Jens Mohrherr und der Bezirksgruppenvorsitzende der benachbarten Bezirksgruppe Westhessen, Peter Wittig, nehmen lassen, an der Grillhütte vorbei zu schauen und sich von der guten Stimmung anstecken zu lassen. Musik, Unterhaltungen und fröhliches Lachen erfüllten bis in die frühen



Angehörige von PTLV und HPA

Abendstunden das Gelände des PTLV.

So wurde auch rasch der Entschluss gefasst: „Fortsetzung folgt...“ – und wer weiß, vielleicht gelingt uns eine Rundreise über „die Grillplätze der Polizeizentralbehörden“?

## GDP-Oktobertfest in Kassel



Volles Haus beim 1. Oktoberfest

Am 13.10.2011 veranstaltete die Kreisgruppe BePo Kassel zusammen mit der Jungen Gruppe, allen voran die Kollegen Verena Fleer und Joachim Vollmer, ein Oktoberfest! Die

Idee wurde nach der Berufsvertretungsstunde im September geboren. Ziel war es, viele Kolleginnen und Kollegen für die GdP zu begeistern. Bei gutem Essen und Ge-

tränken natürlich. Gesagt getan. Die Genehmigung der Abteilungsleitung wurde eingeholt und mit Peter Sehr, Kantinenbetreiber in der IV. BPA und beim PP Nordhessen, ein kreativer und engagierter Gastgeber mit ins Boot geholt.

Die Kantine wurde echt bayerisch geschmückt, das Bier kaltgestellt, die Brezeln drapiert und dann kam der Startschuss um 19:00 Uhr: Was nach Pfortenöffnung zunächst wie ein privater Weizenbierchillout aussah, entwickelte sich schnell zu einer ausgelassenen Fete! Ca. 200 Kolleginnen und Kollegen kamen in der Kantine vorbei und erlebten „DJ Patrick“, wie er Schlager, Aktuelles, House in einen tanzbaren Musikmix quirlte. Besonders schön war, dass sich viele Kollegen auch „ihre Tracht“ angezogen hatten und so im

Publikum ein sehr buntes Bild entstand. Es wurde bis Punkt 01:00 Uhr gefeiert, dann musste die Veranstaltung aus Rücksicht auf die Anwohner, beendet werden. Es war ein

friedvolles Fest ohne Schlägerei, Sachbeschädigung und Alkoholin- toxikation. Einen herzlichen Glück- wunsch übrigens noch an den Kolle- gen Tobias Stoll, der mit einer

gefühlten halben Stunde das Maß- bierkrugstemmen gewonnen hat!

Sebastian Schubert

## 500.- Euro Spende für Hessische Polizeistiftung

Am 20. Oktober 2011 feierte die Gewerkschaft der Polizei, Landes- verband Hessen, ihren sechzigsten Geburtstag. Hierzu wurde ein Fes- takt im historischen Kaisersaal des Frankfurter Römer durchgeführt.

Einige Gründungsmitglieder der hessischen GdP aus dem Jahr 1951 wurden vom Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller im feierlichen Rahmen geehrt.

Für den Personalrat der Hessi- schen Bereitschaftspolizei ein ge- eigneter Rahmen, um seine Nähe zu den Beschäftigten der Hessischen Polizei zu zeigen, die in Not geraten sind.

Das amtierende geschäftsführen- de Personalratsteam übereichte dem Hauptpersonalratsvorsitzen- den Jens Mohrherr, der zugleich Vorsitzender der Hessischen Polizei- stiftung ist, einen Scheck in Höhe von 500.- Euro, um damit die Hessi- sche Polizeistiftung zu unterstützen.

Übrigens kann man, wie ich auch, Fördermitglied bei der Hessi- schen Polizeistiftung werden und damit seine Solidarität zu in Not ge- raten Kolleginnen und Kollegen zei- gen.



**Personalrat HBP und Stiftungsvorsitzender freuen sich**

Der Verzicht auf ein oder zwei Päckchen Zigaretten, können eine gute Spendengrundlage ergeben.

Der Vorsitzende der Hessischen Polizeistiftung bedankte sich beim Personalrat der HBP und machte deutlich, dass diesem Beispiel hof- fentlich noch viele folgen mögen. Immer dann, wenn Polizeibeschr- äftigte im Dienst schwer verletzt oder gar getötet werden, ist es die Hessi- sche Polizeistiftung, die gerne den Betroffenen oder den Hinterbliebe-

nen helfe. Meist im direkten und da- mit guten Zusammenspiel mit den Personalräten der hessischen Poli- ze.

### **Kontaktdaten:**

Hessische Polizeistiftung beim HMdLU  
Friedrich Ebert Allee 12  
65185 Wiesbaden

Nassauische Sparkasse  
Bankleitzahl: 510 500 15  
Kontonummer: 555 000 033

## Redaktion Polizei-Report neu aufgestellt!

### Vernehmung der Neuen

#### **Wie heißen Sie?**

Katrin Kuhl

#### **Und wie alt sind Sie?**

30

#### **Was sind Sie denn von Beruf?**

Ich bin Verwaltungsfachwirtin

#### **Wo arbeitet man denn als so was?**

In der Finanzbuchhaltung beim PTLV

#### **Aha! Und sie sind also in der GdP. Dann sagen Sie mir mal wie lange schon?**

Ich bin seit 7 Jahren in der GdP

#### **So, so...haben sie auch Funk- tionen bei der GdP inne?**

Ich bin 2. Vorsitzende in der Kreis- gruppe PTLV und Schriftführerin in

der Bezirksgruppe Polizeizentralbe- hörden

#### **Dann sind Sie am Ende wohl auch noch im Personalrat, was?**

Stimmt. Ich bin als Beschäftigten- vertreterin im Personalrat beim PTLV und dort die 2. Vertreterin des Vorsitzenden.

#### **Gut. Dann kommen wir mal zu der Angelegenheit, weshalb Sie**



heute hier sind. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass Sie die Neue in der Redaktion beim Polizeireport sind?

Dazu kann ich nur sagen, dass die Vorwürfe der Tatsache entsprechen.

**Sie geben also zu die Neue zu sein?**

Ja! Und das gebe ich sogar gerne zu, weil mir die Arbeit in der Redaktion Spaß macht!

**Ralf Humpf und Jens Mohrherr werden ebenfalls verdächtigt, sie sollen langjährige Mitglieder der Redaktion des Polizeireports sein. Können Sie mir dazu was sagen?**

Das stimmt! Und ich werde die beiden tatkräftig künftig bei der Arbeit in der Redaktion unterstützen.

**Ha! Dann können wir jetzt also den Fall abschließen! Alle drei Verdächtigen arbeiten in der Redaktion des Polizeireports.**

**Haben Sie etwa auch den Schlusspunkt verbrochen?**

Ja, das war ich!

**Na dann....Abführen in die Redaktionsräume!!!**

## Minister feiert mit seiner Polizei in Lich ein Sommerfest

Wo war der Personalrat der Hessischen Bereitschaftspolizei?

### Behauptung:

„Unser Hessischer Innenminister Boris Rhein würdigt am 21.09.2011 bei der II. Bereitschaftspolizeiabteilung in Lich mit einem gelungen Sommerfest das außerordentliche Engagement von Bediensteten der hessischen Polizei.“

Unser Personalratsvorsitzender, Roland Kramer, glänzt durch Abwesenheit, weil er gerade mal wieder einen Kleinkrieg gegen das Ministerium führt!“

### Erklärung:

Der Personalrat des HBPP ist froh und dankbar, einen Innenminister, wie Herrn Boris Rhein als obersten Dienstherrn der hessischen Polizei zu wissen. Wir schätzen seinen offenen, sachlichen und gerechten Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen des HBPP. Erinnerung sei hier an



**Roland Kramer**

seine Teilnahme bei unserer Personalversammlung im Februar diesen Jahres und die von ihm gemachten Aussagen.

Wir freuen uns, dass sich unser oberster Dienstherr, bei einem sehr anspruchsvollen Terminkalender

die Zeit nimmt, um bei einem kleinen Fest das außerordentliche Engagement von Bediensteten der hessischen Polizei zu würdigen, deren Nähe sucht und sich dazu eine Liegenschaft der Bereitschaftspolizei ausgesucht hat.

Wir führen schon gar keinen Kleinkrieg gegen unsere oberste Dienstbehörde, da die Zusammenarbeit zwischen oberster Dienstbehörde und Personalrat offen und vertrauensvoll gestaltet ist.

Wir waren zum Sommerfest einfach nicht eingeladen, das ist unsere Erklärung für eine nicht erfolgte Teilnahme.

Ihnen und ihrer Familien eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest, sowie die besten Wünsche ihres Personalrates für Glück, Gesundheit und Zufriedenheit in 2012.

Roland Kramer  
Personalratsvorsitzender HBPP

## Steuerrecht

Alle Alterseinkünfte müssen angegeben werden.

Seit jeher unterliegen Altersvorsorgegrundbezüge und damit auch Renten - zumindest zu einem gewissen Anteil - dem sogenannten Ertragsanteil, der Einkommenssteuer.

Um die ordnungsgemäße Versteuerung seiner Einkünfte hat sich

jeder Rentner selbst zu kümmern. Anders, als z.B. beim Arbeitslohn oder vielen Kapitalerträgen, werden von der Rente während des Jahres keine Steuern abgezogen.

Rentner sind demnach, sofern der steuerpflichtige Anteil ihres Einkommens das Existenzminimum von etwa 8.000,— (alleinstehende Personen ohne Kinder) über-

steigt, generell verpflichtet, bis zum 31. Mai eines jedes Jahres für das vorangegangene Kalenderjahr eine Steuererklärung abzugeben.

Nach derzeitigen Schätzungen sind in Deutschland etwa fünf Millionen Rentner einkommensteuerpflichtig. Die Einkommenssteuerpflicht wird hierbei häufig durch weitere Einkünfte neben den Alters-

bezügen, z.B. aus Vermietung und Verpachtung ausgelöst.

Da das Finanzamt sich aber nicht allein auf die Entscheidung der Rentner verlässt, Steuererklärungen abzugeben und hierin alle erforderlichen Angaben zu machen, ist mit § 22a des Einkommenssteuergesetzes eine neue Meldepflicht für Rentenzahlungen eingeführt worden.

Seit Beginn des Jahres 2010 melden die Rentenversicherungsträger die ausbezahlten Renten an die Finanzämter! Hierüber werden die Rentner nicht informiert, insbesondere erhalten sie keine Kopie der Rentenbezugsmitteilung.

Mit diesen Meldungen sind die Finanzämter in der Lage, steuerlich bisher nicht erfasste Rentner nachträglich zur Abgabe von Einkommenssteuererklärungen aufzufordern. Dies könnte für manchen Rentenbezieher zu erheblichen Steuernachforderungen führen, insbesondere dann, wenn er zudem noch andere bisher nicht erklärte Einkünfte hatte.

Das Bundesfinanzministerium schreibt jedoch vor, dass sich die Fi-

nanzbeamten an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu halten haben.

Danach ist auch bei Vorliegen einer Rentenbezugsmitteilung zu berücksichtigen, inwieweit der Ermittlungsaufwand beim Finanzamt aber auch bei den Steuerpflichtigen selbst durch das voraussichtliche steuerliche Ergebnis gerechtfertigt wäre.

Das Ministerium verspricht weiter, dass der Vollzug des Alterseinkunftsgesetzes mit „Augenmaß“ umgesetzt werde. Festgeschriebene Bagatellgrenzen gäbe es jedoch nicht. Auf die Rentner kommt gegebenenfalls neben der Steuernachforderung des Finanzamtes auch ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung zu. Letztlich ist, soweit dem Finanzamt steuerpflichtige Renten verschwiegen wurden, der objektive Tatbestand der Steuerhinterziehung gegeben.

Betroffene können sich nicht damit herausreden, von der generellen Steuerpflicht der Rentenbezüge nichts gewusst zu haben. Die Neuregelung der Besteuerung von Al-

terseinkünften ist in den Medien intensiv behandelt worden und kann keinem Betroffenen entgangen sein. Zudem erhalten die Rentenbescheide Hinweise auf die steuerlichen Regelungen, insbesondere auf die Steuerpflicht.

Eine strafbefreiende Selbstanzeige wird in aller Regel auch nicht mehr möglich sein, da die Tat nach Vorliegen der Rentenbezugsmitteilung und nach Abgleich mit der Steuerkarte des Rentners als entdeckt gilt, was eine Selbstanzeige unmöglich macht. Auch in diesen Fällen wird die zuständige Steuerfahndungsstelle jedoch in Bagatellfällen mit Augenmaß handeln.

Interne Papiere der Finanzverwaltung lassen erkennen, dass für die Jahre 2005 bis 2008 eine strafrechtliche Verfolgung der Rentenbezieher nur in Betracht kommt, wenn die steuerliche Auswirkung für diese Jahre über 3.000,— liegt. Bei geringen Auswirkungen wird der Rentner mit Zahlung der rückständigen Steuern davonkommen.

K.D.

## Untertanen

Ob wir von anderen beeinflusst oder von eigenen Bedürfnissen beherrscht werden, Untertan zu sein, ist wohl unvermeidbar. In Monarchien, Fürstentümern und Diktaturen sind die Bürger Untertanen. In freiheitlichen Gesellschaften ist der Zustand durch Bürgerrechte gemildert. Doch wer oder was gab wem wann das Recht, andere zu unterwerfen, zu beherrschen, sie abhängig zu machen? Ursprünglich waren es sicher Stärkere, Klügere und Ältere, die Schwächere, Hilfsbedürftige und Jüngere bevormunden konnten.

Daraus entwickelten sich Gewohnheiten und Regeln, die nicht immer klug und förderlich waren. Bildlich zutreffend bezeichnen wir ja unsere Füße als Untertanen, weil sie von oben gesteuerte Lasten zu tragen haben und für das Vorankommen sorgen müssen. „Macht Euch die Erde Untertan“, heißt es im Vers

28 des 1. Kapitels der Genesis. Das konnten Menschen als Befugnis verstehen, Natur, Pflanzen, Tiere und Ihesrgleichen auszunutzen.

Schwerwiegende Folgen des anmaßenden Gebotes hätten vielleicht verhindert oder gemindert werden können, wenn der Urtext mit seiner anderen Bedeutung übersetzt worden wäre: „nehmt die Erde als Kulturland in Besitz“. Ob Missverständnis oder Absicht, das Bibelzitat hat Verheerendes angerichtet. Generationen leiden zunehmend unter diesem dreisten Gebot. Unser Planet beweist uns reagierend seine Überlegenheit. Im Vergleich zu räumlichen und zeitlichen Dimensionen des Kosmos ist Leben auf unserem Planeten selbst in winzigen Maßen kaum darzustellen. Doch unsere kurzfristigen Existenzen setzen der Erde durch Übervölkerung und Fortschrittsmanie, Verschwendung und Verschmutzung erheblich

zu. Gewässer und Landflächen leiden. Pflanzen wie Tiere haben Lebensbedingungen verloren und sind ausgestorben. Wetterkatastrophen, Trockenheit und Überschwemmungen häufen sich. Wo sich die Natur „rächt“, erreichen Veranlasser das Gegenteil des Angestrebten. Mit der Weimarer Verfassung ging die Souveränität 1919 vom Monarchen auf das Volk über. Der Rückfall in die Diktatur von 1933 bis 1945 war ein heilsamer Schock. Heute bestimmt Artikel 20 Absatz 2 des GG, dass alle Gewalt vom Volke ausgeht.

Nun ist jeder Wähler, selbst Nichtwähler Auslöser der Regeln, die Rechte einräumen und Pflichten auferlegen. Kaum von teilweise verhasster menschlicher Alleinherrschaft befreit, werden viele zu Abhängigen differenzierter Existenzbedingungen, technischer Errungenschaften und oft schädigender

Verlockungen. Dienst- und Arbeitsverhältnisse verpflichten uns zu zeitlichen, körperlichen und geistigen Leistungen. Dienst- und Arbeitnehmer müssen sich Regeln und fremden Willen fügen. Selbst Regelgeber sind von Wählern, Fraktionszwang und Nebeneinkunftsquellen abhängig. Mediale Meinungsmache und Werbung lassen Überzeugungen und Bedürfnisse und dadurch Abhängigkeiten entstehen. Eilige verlieren Zeit in Verkehrsstaus, Handnutzer geben für fremde Ohren Vertrauliches preis, elektronische Medien haben schon Manchen zur Verzweiflung getrieben. Die Folgen sind teilweise erschreckend. Sie belasten Steuerzahler mit eigentlich vermeidbaren Einbußen.

Dramatisierende Berichte über Medikamenten- und Drogenmissbrauch, Alkoholismus und Fettleibigkeit, Geltungs- und Spielsucht, Gewaltexzesse und Sexualentgleisungen, Kaufrausch und Verschuldung, verdeutlichen einige der Gegenwartprobleme.

Ist es Verstandes- oder Willenschwäche durch die sich Menschen zu Untertanen nachrangiger Bedürfnisse degradieren lassen? Wer nicht nur untertänig dulden möchte, muss sich solidarisieren. Mehrheiten sind für sonst Machtlose das einzige Mittel, nicht nur manipuliertes Opfer zu sein. Deshalb handelt gegen eigene Interessen, wer sich nur auf andere verlässt und sich keiner Einfluss nehmenden Organisation anschließt. Doch welcher Dominanz unterwirft sich ein Solidaritätsverweigerer? Unterdrückt falsche Sparsamkeit, Einbildung, abgeho-

bene Satttheit oder Egoismus die Bereitschaft, mit ehemaligen Kollegen für eigene Interessen einzustehen? Besonders Polizisten sind auf eine starke Interessenvertretung angewiesen. Da Volkszorn von „Untertanen“ gegen „die da oben“ nicht entgleisen soll, sollen Polizisten bereit, aber auch in der Lage sein, Ausschreitungen zu verhindern. Mit bewegungshinderlicher Schutzkleidung und finanzieller Überstundenvergütung allein ist es nicht getan.

Auch Dienstzeiten und Anlässe dürfen nicht ausufern. Gesundheitsschädigende und demotivierende Belastungen können nur vermieden werden, wenn erfahrene Interessenvertreter bei Regelgebern und Dienstherren Entscheidungen erreichen, die Polizisten Pflichterfüllung unter zumutbaren Bedingungen ermöglichen. Das wäre sicher noch erfolgreicher, wenn nicht drei Berufsvertretungen mit unterschiedlicher Mitgliederstruktur abweichende Ansichten hätten oder – abgestimmt – regelmäßig „mit einer Zunge sprechen“ würden. Gewerkschaftlich Organisierte können zwar schon während ihrer aktiven Zeit auch für „die Zeit danach“ sorgen, wie die Erfahrung Pensionierter für nachrückende Kollegen.

Um die Durchsetzung berechtigter Anliegen nicht zu untergraben, ist Solidarität auch im Ruhestand ratsam und eigentlich unverzichtbar. Wenn Eignung, Befähigung und fachliche Leistung Voraussetzung für berufliche Verwendung sind, ist Alter ein widersprüchlicher Grund, ausgesondert zu werden.

Das Ende der Dienst- und Arbeitspflicht wird zwar oft herbeigesehnt, mitunter aber auch gefürchtet. In jedem Fall wird viel wertvolle Erfahrung aufgegeben, wo neue Kräfte Einstiegs- und Aufstiegschancen finden. Verrentung und Pensionierung sind dennoch kein Grund, Fähigkeiten verkümmern zu lassen. Nach dem ethischen Grundprinzip aller Religionen und Kulturen – der goldenen Regel – soll sich jeder so verhalten, wie er es von anderen erwartet.

Bleibe diese genial einfache Faustregel Verhaltensgrundsatz für alle, wären weder weitere Vorschriften noch Unterordnungseinrichtungen erforderlich. Aber Machtstreben, Geiz und Habgier sind selbst mit der unüberschaubaren Menge an Ge- und Verboten kaum in erträglichen Grenzen zu halten. Die goldene Regel bedeutet auch, dass jeder, der auf vielfältige Leistungen der Gemeinschaft angewiesen ist, ohne Rücksicht auf Alter moralisch verpflichtet bleibt, im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten auch etwas für andere zu tun. Nur nehmen, ohne zu geben, kann nicht befriedigen.

Egoismus isoliert und schadet der Gemeinschaft. Senioren besitzen ein enormes Leistungspotential und sind als wachsender Machtfaktor unentbehrlich. Viele Einrichtungen und Vereine könnten ohne ehrenamtlich tätige Senioren nicht existieren. Senioren sollten sich ihrer Bedeutung bewusst sein.

Gerhard Kastl



**Weiler**

Über 40 Jahre Erfahrung in Beratung – Verkauf – Kundendienst

**jura** **DeLonghi** **Saeco**

Ihr Verkaufs- und Kundendienstpartner für:  
**Braun, Philips, Miele, Gaggia, Siemens und AEG**

Volker Roth GmbH · Moritzstr. 47 · 65185 Wiesbaden  
Tel.: (0611) 30 48 48 · Fax: 37 80 52 · e-mail: [info@weiler-wiesbaden.de](mailto:info@weiler-wiesbaden.de)

# GdP deckt weltweit Risiken der Mitglieder

Der Polizeiberuf birgt jede Menge Risiken für alle Beschäftigten in diesem Bereich, für Beamt/innen und Tarifbeschäftigte. Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft der Polizei bei verschiedenen Versicherungen Verträge abgeschlossen zum Schutz ihrer Mitglieder. Über die Regressversicherung bei der PVAG habe ich in einem gesonderten Artikel geschrieben.

## Unfallversicherung

Hier geht es nun zunächst um die Gruppen-Unfallversicherung. Diese Versicherung gilt weltweit sowohl bei beruflichen als auch bei außerberuflichen Unfällen. Der Schutz besteht auch für Kolleg/innen, die eingesetzt sind in Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Palästina, Georgien, Liberia, Sudan, Moldawien, Ukraine, Rafah, Libanon.

Versichert sind: Unfalltod (3000 ), Invalidität (4000 ), Vollinvalidität – Progression 250% (10.000 ),

bei gewaltsamem Tod im Dienst durch vorsätzliche Straftat eines Dritten (9000 ), Bergungskosten (5000 ), kosmetische Operationen (5000 ), Kur – Rehakosten (500 ). Für GdP-Mitglieder sowie deren Ehe-/Lebenspartner, die einen GdP-Rentenvertrag bei der Iduna Leben abgeschlossen haben, gibt es entsprechend höher Summen bei einem Unfall.

Zusätzlich hat die GdP eine Unfallversicherung abgeschlossen für Mitglieder, die ehrenamtlich oder nebenberuflich für die GdP tätig sind. Sie gilt auch für den direkten Weg vor und nach der Tätigkeit. Hier beträgt die Höchstsumme bei Vollinvalidität 210.000 Euro.

## Haftpflichtversicherung

Eine weitere Versicherung für GdP-Mitglieder ist die Haftpflichtversicherung, die die hauptberufliche und ehrenamtliche Tätigkeit (außerhalb der Bürotätigkeit) ab-

deckt. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Schadensansprüche Dritter im Rahmen der gesetzlichen Haftpflicht. Personen- und Sachschäden sind hier pauschal mit 5 Millionen Euro abgedeckt.

Die dritte Haftpflichtversicherung ist eine Veranstalter-Haftpflichtversicherung. Sie gilt für Veranstaltungen, einschließlich Durchführung von Polizeifesten alle GdP-Untergliederungen. Versichert sind die Regulierung berechtigter und die Abwehr unberechtigter Schadensersatzansprüche Dritter.

Als letztes kommt noch eine Vermögensschaden- Haftpflichtversicherung dazu. Sie gilt für alle im Rechtsschutz tätigen Kolleg/innen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Versicherungsverträgen können angefordert werden bei der Kollegin Lühr, Telefon 0211-7104 202. N W

# Hilfe bei Schadensersatz

Hin und wieder kommt es vor, dass ein Polizeibeschäftigter „Staatseigentum beschädigt“. Das berühmteste Beispiel war früher immer das Funkgerät, das auf dem Autodach liegen geblieben war und bei der Wegfahrt herunter fiel und beschädigt wurde. Dann kam regelmäßig der „Dienstherr“ (die zuständige Behörde) und wollte den Verursacher in Regress nehmen, wollte Schadensersatz. Schadensersatz muss aber nur leisten, wer grob fahrlässig gehandelt hat. Gegen diese Forderung sind GdP-Mitglieder über die Diensthaftpflicht-Regressversicherung geschützt.

Wenn die Behörde Schadensersatz verlangt, muss der/die Betroffene zunächst einmal Widerspruch einlegen. Darauf erfolgt eine Antwort der Behörde. Diese Antwort mit der entsprechenden Forderung, muss das Mitglied über die Kreisgruppe bei der GdP einreichen. Die GdP wird die Forderung prüfen und im Zweifelsfall wird die Versiche-

rung den geforderten Betrag bezahlen.

Unterstützt werden kann das betroffene Mitglied durch den Personalrat. Das geht aber nur, wenn der Personalrat auch informiert und um Hilfe gebeten wird. Er wird nämlich von der Behörde nicht automatisch eingeschaltet. Wenn der Personalrat eingeschaltet wird, wird er die Gelegenheit auf einer Sitzung mit der Behörde besprechen. Dabei kann unter Umständen die ganze Sache schon aus der Welt geschafft werden und die Forderung ist hinfällig. Es ist nämlich sehr schwierig, eine grobe Fahrlässigkeit nachzuweisen. So etwas grenzt nämlich schon an grobe Fahrlässigkeit.

## Deckungssummen

Die Deckungssummen liegen bei Personen- und Sachschäden pauschal bei 3 Millionen Euro, bei Vermögensschäden bei 13.000 Euro, beim Abhandenkommen von Dienstschlüsseln bei 50.000 Euro

und beim Abhandenkommen von Verwarnungsböcken bei 700 Euro. Diese Leistungen gelten auch bei einem Auslandseinsatz.

Dazu gibt es noch eine Dienstfahrzeug-Regressversicherung bei Forderungen des Dienstherrn, die sich aus dem Führen von Polizeifahrzeugen, Polizeibooten, Polizeihubschraubern, Polizeihunden und Polizeipferden ergeben.

Personenschäden sind abgedeckt bis 200.000 Euro, Sachschäden und Vermögensschäden bis 100.000 Euro. Diese Versicherungen gelten für alle im aktiven Dienst stehenden Mitglieder.

Also, liebe Kolleg/innen, bei einer Regressforderung des Dienstherrn immer den Personalrat einschalten, damit die Angelegenheit unter Umständen bereits im Vorfeld erledigt werden kann. Ansonsten hilft die Versicherung der GdP.

nw

## Wer, wie was...

Was ist gelb und kann schießen??

Eine  Banone 

## Sudoku

2	4	1		3				7
9				6			3	8
			1	5				2
		3	4	1		2	9	
	1	9	6				8	
	2				8		1	
1		2	3			8		
				4			2	
3		4	9		2	6		1

- Füllt die freien Kästchen mit den Zahlen 1 bis 9
- Jede Zahl darf in jeder Zeile und in jeder Spalte nur einmal vorkommen
- Auch in jedes der 3x3-Felder dürft Ihr die Zahlen nur jeweils einmal eintragen

## Hart, aber ehrlich

„Ich hatte einen sehr schönen Abend. Es war zwar nicht dieser, aber ich möchte nicht klagen.“

## Büroschimpfwörter

### C - Chefvorlasser

Der „Chef-Vorlasser“ hat die Hierarchien in der Firma tiefer als andere verinnerlicht. Unterwürfig weicht er vor der Aufzugtür zurück, um einen Vorgesetzten den Vortritt zu lassen.

Fortsetzung folgt...



## Bitte lächeln...

Der neue Chef hat das Gefühl, dass seine Mitarbeiter ihn nicht respektieren. Um allen klar zu machen, wer Herr im Haus ist, hängt er ein Schild an seine Bürotür: „Ich bin der Chef!“  
Als er von der Mittagspause zurückkommt, hängt ein Zettel drunter: „Ihre Frau hat angerufen. Sie will ihr Schild zurück!“

\*klick\*



**Gestalte den Schlusspunkt mit!!!**  
Anregungen, Einsendungen und/oder Kritik an [PolRep@web.de](mailto:PolRep@web.de)

